

Danke! 2

NATO NACH KRIEG

Die Folgen des NATO-Krieges gegen Jugoslawien 4

Eine Analyse der Interessenlage

VON HANNES HOFBAUER

DEUTSCHLAND IM KRIEG

Antimilitarismus in Großdeutschland 8

Interview mit Christian Herz

VON STEPHAN GRIGAT UND ROBERT ZÖCHLING

DEUTSCHLAND IN SICH

Grenzcamp 99 in Zittau 14

Bericht über ein antirassistisches Sommercamp

VON IRENE MESSINGER

AKKREDITIERTE UNTER SICH

Diplomatische Sklaverei. 16

Frauenhandel in gehobenen Kreisen,

dokumentiert VON ANGELIKA KARTUSCH

ABENTEURER IN DER WELT

Hugo Pratt und seine Legendencomics ... 18

Gelesen VON ALEXANDER SCHÜRMANN-EMANUELY

AGENTEN IN DEN ALPEN

Laßt die Dokumente sprechen 20

Eine letzte Replik auf Fritz Molden VON SIEGFRIED BEER

WONDERWORLD

Der ganz normale Wahnsinn. 24

aufgelesen und kommentiert VON PETER PENZING

Impressum 3



Liebe Leserin, lieber Leser!

Nachdem das Entsetzen und die moralische Empörung über den Kosovo-Krieg zumindest einige wenige zu Protesten auf die Straße getrieben haben, muß nun die Diskussion über die Ursachen des Krieges intensiv geführt werden. Viele Kriegsgegner und -gegnerinnen stehen vor der Frage, was die USA, Deutschland oder die anderen NATO-Staaten eigentlich gegen Jugoslawien haben. Beginnend mit Hannes Hofbauers Artikel zum Krieg in diesem Heft, wollen wir eine breite Debatte darüber anstoßen, welche Interessen zum NATO-Angriff geführt haben, ob die Kategorie „Interesse“ zur Erklärung von Kriegen am Ende des 20. Jahrhunderts überhaupt ausreicht und in welcher Form eine Antikriegsbewegung auf ein Ereignis wie den Kosovo-Krieg zu reagieren hat.

Auskunft zu diesen Fragen sowie zur spezifischen



Zuwendungen, Juli 1999

Situation des antimilitaristischen Widerstands in der BRD haben wir uns auch von Christian Herz erbeten, der, selbst Totalverweigerer, einer der aktivsten Mitarbeiter der Berliner „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ ist. Anhand dieses Interviews hoffen wir auch, die Möglichkeiten unseres triadischen Medienkonzeptes zumindest andeuten zu können. Neben der Druckfassung im Heft kann der mehr als doppelt so lange komplette Originaltext des Ge-

sprächs in der Internet-Ausgabe von **Context XXI** nachgelesen werden. Außerdem ist auf der Grundlage des Interviews die erste Sendung von Radio **Context XXI** in Arbeit. Genauere Hinweise zu letzterem entnehmen Sie bitte der Internet-Ausgabe.

Während und nach den Luftangriffen ging auch der alltägliche Irrsinn in der auf Gewalt gegründeten Gesellschaft weiter. Ein Beispiel vom Alltag im Klassenstaat beschreibt Angelika Kartusch, die von der Ausnutzung von Migrantinnen in Diplomatenhaushalten berichtet. Irene Messinger informiert über einen Versuch des Widerstands gegen das europäische Grenzregime und den Verfolgungswahn deutscher Eingeborener – ein Versuch, der zugleich zentrale Unzulänglichkeiten des antirassistischen Widerstands sichtbar gemacht hat.

Das Bestreben, dem ehemaligen Untertitel der **ZOOM** gerecht zu werden

und auch der Kultur den ihr zustehenden Platz einzuräumen, schlägt sich im vorliegenden Heft in Alexander Schürmann-Emanuelys Beitrag über die Comics von Hugo Pratt nieder. Das Comic stellt eine Kunstform dar, welche mitunter einen nicht unwesentlichen, aber gern übersehenen Beitrag zur Gewalt- und Herrschaftskritik leistet. Grund genug, ihm ab dieser Nummer einige Seiten zu widmen. Selbstverständlich sollen in Zukunft nicht nur Besprechungen über die großen Zeichner und ihre Werke dort ihren Platz haben, sondern auch Eigenproduktionen aus dem zeichnenden Genre sind ausgesprochen erwünscht.

Ein Zuckerl für alle, die unsere lebhafteste, langwierige und andauernde Debatte zwischen Fritz Molden und Siegfried Beer mit Interesse und Vergnügen verfolgt haben: mit einer letzten Replik Beers veröffentlichen wir Faksimiles, die er uns zum Beweis seiner Aussagen über Moldens Tätigkeit zur Verfügung gestellt hat.

September 1999

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: contextXXI@mediaweb.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung **Redaktion:** diE nOt, Manfred Gmeiner, Stephan Grigat (koordinierender Redakteur), Elfriede Hufnagl, Markus Kemmerling, Markus Pinter, Alexander Schürmann-Emanuelys (Hereingeber der Internet-Ausgabe) und Robert Zöchling (geschäftsführender

Redakteur) **AutorInnen dieser Ausgabe:** Siegfried Beer, Hannes Hofbauer, Angelika Kartusch, Irene Messinger, Peter Penzing **Titelgraphik:** diE nOt **Layout:** Kemmerling Zöchling & Partner Medien- und Informationsdienste KEG, Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien, Telefon 533 14 27, Telefax 532 74 16 **Hersteller:** Resch & Vana, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Abo:** 250,- ATS/Jahr; Förderabo: 700,- ATS/Jahr; Ausland: 350,- ATS/Jahr, Übersee: 450,- ATS/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten **Mitgliedschaft ARGE WDV:** 500,- ATS/Jahr; ermäßigt: 350,- ATS (inkl. Abo **Context XXI**) **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ 11.000) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://contextXXI.mediaweb.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint am 8. November

Die Folgen des NATO-Krieges gegen Jugoslawien

Eine Analyse der Interessenlagen

Bei der Entscheidung der NATO, einen Luftkrieg gegen Jugoslawien zu führen, spielten handfeste machtpolitische und geostrategische Überlegungen der USA eine entscheidende Rolle.

VON HANNES HOFBAUER*

Seit dem erzwungenen Rückzug des Osmanischen Reiches liegt der Balkan im Spannungsfeld dreier bzw. zweier Großräume: Europa in seiner mitteleuropäischen und seiner atlantischen Ausprägung sowie Rußland. Die führenden geopolitischen Kräfte dieser Räume unterliegen Veränderungen, die Interessenlagen weisen erstaunliche Kontinuitäten auf. War es anlässlich des Berliner Kongresses im Jahre 1878, als es um die Neuaufteilung des europäischen Südostens ging, noch Österreich-Ungarn, das an der Spitze des (mittel)europäischen Zugriffs auf den Balkan stand, so wurde die Politik des europäischen Imperiums in der Folge von Berlin und – heute – von Brüssel aus geführt. Der westeuropäische Protagonist im Kräftespiel um den Balkan war schon immer atlantisch orientiert. 1878 rang er in Gestalt Großbritanniens um Einfluß in Osteuropa. Nach zwei europäischen Weltkriegen übernahm Washington die Führungsrolle des atlantischen Großraums, sein Interesse für den Balkan hat sich nur unwesentlich verändert. Bleibt Rußland als dritte post-osmanische Großmacht, Moskau versteht seit je Südosteuropa als geostrategisches Vorfeld seiner eigenen Sicherheit.

Im Zuge des Berliner Kongresses wurden jene östlichen Landstriche neu verteilt, die von den osmanischen Trup-

pen geräumt werden mußten. Bosnien & Herzegowina kam an Österreich-Ungarn, Rußland erhielt Teile des früheren Fürstentums Moldau und England wurde mit Zypern bedient. Serbien und Rumänien erstanden als souveräne Staaten. Das Machtvakuum, das durch den Rückzug der „Hohen Pforte“ entstanden war, konnte neu gefüllt werden. Die Landkarte Europas veränderte sich.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion im Jahr 1989 war die geopolitische Ordnung des Kontinents wieder einmal in Frage gestellt. Die Desintegration im Osten rief die aktuellen Großmächte auf den Plan: EU-Europa und US-Amerika. Gerade um die Politik in Jugoslawien tauchten neben dem öffentlich zur Schau gestellten Gleichschritt immer wieder Widersprüche zwischen dem deutsch geführten Westeuropa und den USA auf. Während es Bonn/Berlin (und mit ihm Brüssel) seit 1991 eher um ökonomische Interessen ging, für deren Durchsetzung eine Spaltung des südslawischen Vielvölkerstaates nach nationalen Kriterien praktisch schien, benützte Washington – etwas später – die Nationalismen auf dem Balkan, um einen weiteren geopolitischen Fuß nach Europa zu setzen. Rußland wiederum versuchte verzweifelt – und nicht ganz ohne Erfolg – letzte Reste von Einfluß in Südosteuropa zu erhalten.

Amerikanische und europäische Geopolitik

„Ich kann dem amerikanischen Volk mitteilen, daß wir einen Sieg für eine sicherere Welt, für unsere demokratischen Werte und für ein stärkeres Amerika errungen haben“, vermeldete US-Präsident Clinton nach 78 Tagen NATO-Bombardements auf Jugoslawien in jener selben Rede, in der er auch den Albanern zur Wiedererringung der Muttersprache gratulierte. Eines daran stimmt sicher: nach der Zerschlagung Jugoslawiens hat es die Welt mit einem „stärkeren Amerika“ zu tun. Darin lag letztlich für Washington der Sinn der ganzen Angelegenheit. Die Neuordnung Europas, und mit ihr die Neuordnung am Balkan, so die Botschaft aus Übersee, ist ohne die Berücksichtigung US-amerikanischer Interessen nicht durchführbar.

Das Herauslösen Sloweniens und Kroatiens aus dem alten jugoslawischen Staatenverband fand anfangs noch gegen den Willen der USA statt. Bei der militärischen Aufrüstung Kroatiens und ihrem „Meisterstück“, der ethnischen Säuberung der Krajina, waren US-Logistik und US-Helfer schon dabei. Die bosnische Sezession geriet dann zunehmend in die Hände des State Departments, der Teilungsplan für Bosnien-Herzegowina war eine rein amerikanische Erfindung, und die Protektoratsverwaltung des

*) Hannes Hofbauer ist Verleger und freier Autor in Wien. In der ersten Oktoberwoche erscheint das von ihm herausgegebene Buch „Balkankrieg. Die Zerstörung Jugoslawiens“ im Wiener Promedia-Verlag.

Landes koordinieren Weltbank und Währungsfonds in Washington. EU-Europa beteiligt sich daran über UN- und OSZE-Gremien, Wolfgang Petritsch gibt als „hoher Repräsentant“ den obersten zivilen Kolonialverwalter. Der Krieg gegen die verkleinerte jugoslawische Föderation trieb weitere Spaltungen in die Neuordnung des Balkans. Beim Kosovo ist dies offensichtlich. 35.000 Soldaten der westlichen Wertegemeinschaft stehen seit Juni 1999 in der Provinz, um – neben Bosnien – ein zweites Protektorat auf (ehemaligem) jugoslawischem Boden zu errichten. In fünf Besatzungszonen aufgeteilt, einigten sich EU-Europa und die USA auf ein gemeinsames Vorgehen im Kosovo. Die UNO-Resolution zur „Beseitigung der humanitären Notlage (im Kosovo)“ spricht von einer „internationalen Zivilpräsenz“, die Mitte Juli 1999 „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ eingerichtet worden ist. Explizit verweist das Papier auch auf das Abkommen von Rambouillet und die Notwendigkeit, es zu berücksichtigen. Dort war – neben vielem anderen – die Durchsetzung der Marktwirtschaft als Ziel genannt. In Artikel 1, Absatz 4a hieß es: „Die Ökonomie des Kosovo soll in Übereinstimmung mit den Prinzipien des freien Marktes funktionieren.“ Der bosnische Weg dient als Vorbild für die Kolonisierung Kosovos.

Doch der Westen hält noch weitergehende Neuordnungspläne für den Balkan wie für ganz Osteuropa bereit. Der Terminus hierfür heißt – entlarvend genug – Osterweiterung. Politischer Druck und wirtschaftlicher Zugriff gehören zu den Eckpfeilern dieses seit 1989 betriebenen

Projektes, das mit allen Mitteln betrieben wird. In Form von Beitrittsangeboten an elf osteuropäische Länder und Gesprächen mit sechs von ihnen – Slowenien, Ungarn, Tschechien, Polen, Estland und Griechisch-Zypern – hat sich die Osterweiterung teilweise im politisch-ökonomischen Sinne institutionalisiert. Die militärische Übernahme verlief parallel dazu. So stehen heute NATO-Soldaten in Albanien, Makedonien, Bosnien-Herzegowina, Ungarn, Polen und Tschechien als gewaltbereite Geleittruppe des US-amerikanischen und/oder EU-europäischen Einflußbereichs, sprich: Marktgebiets. Das Szenario war nach dem Sieg im Kalten Krieg vorprogrammiert. Die Erweiterung der Einflußsphäre, die im Zeitalter der Bipolarität auf dem europäischen Kontinent ein Tabu dargestellt hatte, wurde flugs zur westlichen Doktrin nach 1989. Daß das Projekt der Osterweiterung erst am 24. März 1999 zum direkten heißen NATO-Krieg geworden ist, liegt in der Schwäche des peripherisierten Ostens begründet, dessen politische Führungen den Aufbau eigener ökonomischer Kreisläufe oder militärischer Integrationen nicht betreiben wollten oder konnten. Und es ist wohl kein Zufall, daß sich ausgerechnet Jugoslawien der Niederlage im Kalten Krieg nicht gebeugt hat: als blockfreies Land hatte es an ihm gar nicht teilgenommen. Hinzu kommt, daß es im Gegensatz zu den Staaten des zerfallenen Warschauer Paktes 1991 noch immer eine relativ schlagkräftige Armee besaß. Die Osterweiterung der westlichen Einflußsphäre kann weder integrierte wirtschaftliche Räume außerhalb des Euro- oder Dollarraumes brauchen noch

eine militärische Kraft, die notfalls gegen kolonisierende Maßnahmen aus dem Westen vorgehen könnte. Deshalb unterstützen die politischen Administratoren der großen Weltkonzerne regionale Autonomien und politische Sezessionen im ehemaligen RGW-Raum, deshalb wurde Jugoslawien systematisch zerstört, wobei die national vorhandenen Begehrlichkeiten geschickt für geopolitische Neuordnungspläne instrumentalisiert wurden. Kleine politische Einheiten, schwache, auf die west-dominierten Weltmärkte ausgerichtete ökonomische Grundlagen und eine von der NATO kontrollierte Armee sind die Zielvorgaben des Projektes Osterweiterung. Im Krieg gegen Jugoslawien ging es letztlich um die Glaubwürdigkeit dieser imperialen Politik. „Wenn es der NATO nicht gelingt, ihre Minimalforderungen gegenüber Serbien durchzusetzen, welche Schlußfolgerungen werden dann Typen wie Milosevic in anderen Ländern ziehen?“, warnte Richard Cohen, ein zum innersten Kreis der ame-

Nr. 29 Sommer 1999

BAHAMAS

Krieg für Selbstbestimmung

Die Linke ist so antinational wie ihre Regierung • Gewissenskrieg statt Interessenskrieg • Wer ist denn nun der „Weltpolizist“? • Friedensrhetorik der PDS • soap opera: Intellektuelle und Krieg • Existenzgeld und nationale „Schutzgemeinschaft“ • Warum der Amoklauf von Littleton nicht in Deutschland stattfand • Leni Riefenstahls „Kunst“ und „Werk“ u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskauf / Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Fax/Fon: 030 / 623 69 44

rikanischen Think Tanks zählender Kommentator, in der *Washington Post* am 14. Mai 1999 vor einem zu frühen Kriegsende. „Typen wie Milosevic“ gibt es genug. Sie sind politischer Ausdruck einer in die ökonomische Verzweiflung getriebenen Peripherie, schlechte Alternativen zu Kolonialverwaltern in einer Zeit, die bessere nicht duldet. Der ehemalige rumänische Präsident und jetzige Oppositionsführer Ion Iliescu, Vladimir Meciar, Alexander Lukaschenko, der Präsident der nicht anerkannten Republik Transnistrien Igor Smirnov, Milo Djukanovic (bis vor kurzem), Alexander Lebed (eventuell ab demnächst) ... sie alle wurden und werden von den medialen Stichwortgebern der westlichen Wertegemeinschaft dämonisiert, weil sie nicht bereit sind, ihre Länder dem Diktat von Weltbank und Währungsfonds gänzlich auszuliefern. Sie versuchen sich am Aufbau nationaler wirtschaftlicher Kreisläufe oder

ausgeglichener ökonomischer Beziehungen zwischen West und Ost. Familiäre Bereicherung und Klientelwirtschaft gehören zu ihrem Tagesgeschäft, ja sind oft sogar die Triebfedern ihres Handelns, was sie für Kritiker der westlichen Kolonisierungspolitik solidaritätsunfähig macht. Mit Demokratiedefiziten im Sinne einer Mißachtung des Volkswillens haben die westlichen Zuweisungen für östliche Bösewichte indes wenig bis gar nichts zu tun.

Warnung an Moskau

Der NATO-Krieg hat den Führern der peripheren osteuropäischen Staaten eines drastisch vor Augen geführt: Unbotmäßigkeit kann mit völliger Vernichtung bestraft werden. Wer nicht B-52-Bombern, F-16-Kampffjets und Cruise-Missiles-Angriffen ausgesetzt sein will, hat sich den Regeln der westlichen Wertegemeinschaft zu fügen. Die da sind: Investitionsfreiheit, ungehinderter Kapital- und Warentransfer, Marktöffnung und politische Willfährigkeit. Der Einfachheit halber nennt sich das im neoliberalen Diskurs „Demokratisierung“. Erst nach diesem Selbstverständnis der ökonomischen Zentralräume über das Schicksal der Peripherien tauchen Widersprüche innerhalb der imperialen Strategie auf. Über die Kosten der unterschiedlichen Arten von Transformation und über die Verteilung von Profiten nach erfolgreicher wirtschaftlicher Zurichtung scheiden sich die Geister dies- und jenseits des Atlantiks. Im NATO-Krieg gegen Jugoslawien war dieser amerikanisch-europäische Zwist immer wieder spürbar. Washington nahm Brüssel bereits mit der „activation order“ vom 12. Oktober 1998 in die militäri-

sche Geiselhaft. Über die unmittelbaren Kosten des Krieges wird noch viel gestritten werden, die politischen und ökonomischen Folgekosten muß die EU bezahlen. Denn hier in Europa sind die Auswirkungen der balkanischen Destabilisierung virulent, werden ökologische Langzeitschäden, zerstörte Transportwege (über die Donau oder die Europastraßen am Balkan) sowie gesellschaftliche Entwurzelungen in der Folge von Flucht und Vertreibung tiefe und langanhaltende Spuren hinterlassen.

Den USA scheint damit zweierlei gelungen zu sein: ihre strategischen und ökonomischen Interessen – wie Marktöffnung, willfähige Regime, Investitionssicherheit etc. – durchsetzen und den einzigen ernsthaften Konkurrenten um internationale Hegemonie, die Europäische Union, mit Kosten belasten zu können. Insofern hatten jene warnenden Stimmen recht, die die NATO-Bombardierungen als einen Krieg bezeichneten, der sich nicht nur gegen Serbien, sondern auch gegen Europa als ganzes richtete. Insbesondere auch gegen Rußland. Washington hat bereits seit längerem seinen strategischen Fokus auf die rohstoffreichen Gebiete rund um das Kaspische Meer gerichtet, wo die Multis Chevron und Exxon bereits eifrig am Werken sind. Die Köpfe der amerikanischen Außenpolitik machen kein Hehl aus diesem Begehren. Davis Tucker, stellvertretender Direktor im US-State Department, schrieb in der Sommernummer 1998 der Strategiezeitschrift *Parameters*, daß es für die USA nur mehr eine Region in der Welt gäbe, wo die eigenen „Sicherheitsinteressen mit der Barbarei zusammenstoßen“ könnten: „Das Gebiet

In ihrer fundamentalen Krise entpuppt sich die Arbeit noch einmal als totalitäre Macht. Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen! Dieser zynische Grundsatz gilt noch immer, obwohl er Millionen von Menschen für „überflüssig“ erklärt. Angesichts dessen ist heute jeder Schrei nach Arbeit und „Arbeitsplätzen“ nur noch regressiv. Notwendig ist vielmehr der Kampf gegen die Arbeit. Soziale Emanzipation setzt den kategorialen Bruch mit dem gesellschaftlichen Zwangsprinzip voraus, dem die Menschheit sich über zwei Jahrhunderte lang unterworfen hat.

Gruppe KRISIS

Manifest gegen die Arbeit

Herausgeberin: Zeitschrift *Krisis - Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft*, 54 S., DM 5/öS 35/Eur 2,50 (im Handverkauf)

Bezug über: Krisis-Kreis Köln, Düsseldorfstr. 74, 51063 Köln

Bestellungen nur gegen Vorkasse: 1 Ex.: 6,60 DM (in Briefmarken), 2 Ex. 10 DM (Geldschein), 10 Ex.: 30 DM (Geldschein oder Scheck), 100 Ex.: 250 DM (Scheck).

um den Persischen Golf, nördlich bis zum Kaspischen Meer und östlich bis nach Zentralasien. (...) Dies ist eine äußerst wertvolle Region, die circa 75% der Erdölreserven und 33% der Erdgasreserven dieser Welt beherbergt.“ Die russische (wie auch die iranische) Kontrolle über dieses Rohstoff-Eldorado und seine Transportwege Richtung Westen steht Washington potentiell im Weg. Die Demonstration der militärischen Entschlossenheit und der Einsatz neuester technologischer Errungenschaften im NATO-Krieg gegen Belgrad waren auch als Warnung an Moskau gedacht, den amerikanischen bzw. amerikanisch-türkischen Annäherungen an Kasachstan, Turkmenistan und Aserbaidschan nicht in die Quere zu kommen.

Die Generäle der ehemaligen Roten Armee haben dies nur zu gut verstanden. Und sie handelten entsprechend. Am 11. Juni 1999 erhöhten sie putschartig den politischen Handlungsspielraum Rußlands, der unter Jelzin seit Jahren systematisch eingeengt worden war. 500 russische Fallschirmjäger der SFOR-Truppe aus Bosnien fuhren von der Bevölkerung umjubelt durch das kriegszerstörte Serbien in den Kosovo und besetzten dort in der Nacht darauf, um 0 Uhr 15, den Flughafen von Pristina. Die politische Klasse Moskaus, die gerade wieder einmal für einen dreistelligen Dollarmillienkredit der Zoneneinteilung Kosovos zugestimmt hatte, mußte diesem Schlag der Generalität post factum zustimmen. Bei der Umsetzung der dadurch entstandenen Möglichkeiten geriet Moskau freilich wieder in die Defensive, wiewohl die schlußendlich durchgesetzte russische Prä-



senz am Balkan den geostrategischen Gewinn der NATO beträchtlich schmälert. Das implizite Ziel der nordatlantischen Allianz, den latenten Konflikt mit Rußland, der jederzeit heiß werden kann, auf asiatisches Territorium bzw. rund um das Kaspische Meer verlegen zu können, wurde nicht erreicht.

Anfang August 1999 tickerten die Presseagenturen Berichte aus dem Innenleben der NATO-Befehlsstrukturen, die erklären sollten, warum der in Kosovo so erfolgreiche General Wesley Clark seinen Posten räumen mußte. Der Oberbefehlshaber über die NATO-Truppen im Jugoslawien-Luftkrieg, Clark, hatte noch am 11. Juni 1999, dem Tag des russischen Einmarsches in Serbien, Befehl gegeben, britische und französische Fallschirmjäger gegen den russischen Vorstoß nach Pristina einzusetzen. Der von der NATO über einen Beschluß des UN-Sicherheitsrates ins Amt gesetzte General Michael Jackson, der mittlerweile für den Einmarsch der Allianz nach Kosovo zuständig war, verweigerte die Ausführung mit dem Hinweis: „Für Sie,

General Clark, riskiere ich nicht den 3. Weltkrieg.“ Washington war also durchaus bereit gewesen, die militärische Generalprobe gegen Moskau – den Krieg in Jugoslawien – direkt in eine große Konfrontation mit der russischen Atommacht münden zu lassen. Der kleine Unterschied zwischen einem NATO-General unter NATO-Befehl und einem NATO-General, der den Vereinten Nationen zugeordnet ist, rettete die Welt möglicherweise vor einem noch größeren Waffengang.

Heute stehen an zwei geostrategisch wichtigen Punkten Europas russische Soldaten: im Kosovo und in Transnistrien bzw. der Republik Moldawien. Beide Stationierungen gingen Übrigens nicht vom politischen (Un-)Willen Moskaus, sondern von den Generalen der früheren Roten Armee aus, die vollendete Tatsachen schufen. Der seit über 100 Jahren dauernde Dreikampf zwischen Wien/Berlin/Brüssel – London/Washington – Moskau um Einfluß auf dem Balkan ist freilich auch nach dem Einzug der KFOR-Truppen im Kosovo noch nicht beendet. ■

Stadtidylle – Menschenrechte sind durchgesetzt (rechts unten)

Ansichtskarte aus der Serie *Pozdrav iz Novog Sada / Greetings from Novi Sad*
© Action against war and destruction of the *Ekumenical Humanitarian Organization* and the civil weekly of Vojvodina *Nezavisni*

antimilitarismus Information

8-9/99

ami

- Wehrstrukturkommission
- Schwule & Bundeswehr
- Uraaneinsatz im Kosovo
- Wiederaufbau im Kosovo
- Irak: Der stille US-Krieg II
- Nachkriegslage in Südost-Europa
- Ost-Timor unabhängig?
- Türkei im Zwiespalt
- Lösung für Kurdistan? uvm.

monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-;
Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.-
(+Porto). *Probeheft gratis*
Bezug: Verein für Friedenspolitische Publizistik e.V., Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
<http://userpage.fu-berlin.de/~ami>
Telefon/Fax: ++30-25 79 73 42

Antimilitarismus in Großdeutschland

Die „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ ist eine der wichtigsten antimilitaristischen Organisationen in Berlin. Internationale Aufmerksamkeit erregte sie zuletzt durch die von ihr mitorganisierten Störaktionen beim öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr am 20. Juli in Berlin. Christian Herz, einer der Mitbegründer der „Kampagne“, gibt Auskunft über den Stand der antimilitaristischen Sache in der BRD zehn Jahre nach der Wiedervereinigung und vor dem Hintergrund des Kosovo-Krieges. Das Gespräch führten

STEPHAN GRIGAT
UND ROBERT ZÖCHLING

Der vollständige Text des Interviews kann in der Internet-Ausgabe von Context XXI nachgelesen werden:
<http://contextXXI.mediaweb.at>

Context XXI: *In welcher Situation und vor welchem historischen Hintergrund ist die „Kampagne“ entstanden.*

Christian Herz: Begonnen hat die Arbeit 1989 als klar war, daß die Auflösung des Ost-West-Konfliktes dazu führen würde, die Wehrpflicht und auch die militärischen Strukturen nach West-Berlin und in die neuen Bundesländer auszudehnen. Im Rahmen der Vereinigungsdiskussion, wo auch durchaus diskutiert wurde, die Wehrpflicht abzuschaffen, haben wir uns überlegt, daß eine starke Gruppe entstehen muß, die die bisherigen Strukturen überwindet und in der Lage ist, nicht nur lobbyistenmäßig aufzutreten, sondern auch aktivistisch und mit Vorschlägen, die ein neues Sicherheitskonzept beinhalten. Wir sind dann allerdings von der politischen Entwicklung überrascht worden. Es gab damals die Debatten über die Wirtschaftsbeihilfe für die Sowjetunion. Nachdem klar war, daß für die Wirtschaftsbeihilfe die Gegnerschaft zur NATO- und Wehrpflicht-Ausdehnung auf das Gebiet der DDR von sowjetischer Seite aufgegeben wird, war klar, daß man es auf eine langfristige Auseinandersetzung wird ankommen lassen müssen. Die Chance, die Wehrpflicht schnell abzuschaffen, bestand zwei Jahre nach der Wiedervereinigung. Danach

haben wir versucht, ein dauerhaftes breites Bündnis zu organisieren.

Du behauptest, daß zwei Jahre lang eine reale Chance für eine Abschaffung der Wehrpflicht bestanden hat. Woraus speiste sich dieser damalige Optimismus?

Das ist nicht nur ein Optimismus, sondern diese Möglichkeit läßt sich gut nachweisen. Es war klar, daß die Sowjetunion in keinem Fall einer normalen Vereinigung mit militärischer Ausdehnung zustimmen würde. Die sowjetischen Verhandlungspartner waren von Anfang an davon überzeugt, daß sie die militärischen Strukturen im Falle einer Wiedervereinigung schwächen müssen. Gleichzeitig ist aber durch die Auflösung des Ost-West-Gegensatzes die wirtschaftliche Situation so katastrophal schlecht geworden, daß sie sich in der Zwickmühle befunden haben, im militärischen Bereich hart zu bleiben und wirtschaftlich geschwächt zu werden, oder aber wirtschaftliche Unterstützung zu bekommen und bei der Abrüstung nachzugeben. Das kann man zum Beispiel in den Memoiren des damaligen deutschen Außenministers Genscher und auch bei den sowjetischen Verhandlungspartnern nachlesen. Wenn man die politische Gesamtsituation dazu berücksichtigt, diese Aufbruchstimmung, vielleicht

aus den zwei politischen Systemen ein drittes, besseres zu schaffen, wenn man das als Kraft hätte potenzieren können, dann wäre die Abschaffung der Wehrpflicht mit Sicherheit gelungen.

Mal dahingestellt, ob das nicht auch schon damals eine idealistische Position war – selbst wenn es stimmen sollte, daß es damals diese Chance gegeben hat, ist man mit dieser politischen Orientierung in die fatale Position geraten, die deutsche Wiedervereinigung als Chance darstellen zu müssen, anstatt sie als Bedrohung für jegliches emanzipatives Projekt zu bekämpfen.

Das ist richtig. Die Wiedervereinigung war als politischer Faktor für uns auch ein Problem, weil wir wußten, es wird ein neuer Staat entstehen, mit einer neuen finanziellen, wirtschaftlichen und letztlich auch militärischen Kraftkomponente im Zentrum Europas. Die meisten von uns waren auch in dieser Form gegen die Wiedervereinigung, weil es klar ist, große Staaten haben auch die Tendenz, große Armeen zu fördern und sie auch einzusetzen. Aber wenn man die gesellschaftliche Entwicklung betrachtet, war klar, daß wir es nicht verhindern können, daß die Wiedervereinigung kommt. Und wenn sie kommt, dann muß man wenigstens schauen, daß der Schaden so klein wie möglich bleibt. Deswegen haben wir uns dafür eingesetzt, daß wenigstens die militärischen Strukturen geschwächt werden.

Die Idee war also, ein wiedervereinigtes Deutschland zu akzeptieren, aber es halbwegs zu zivilisieren?

Was heißt zu akzeptieren? Die Frage ist, wie du dich als politisches Partikel in dem System mit entsprechender Kraft einschätzt. Ich halte nichts davon zu sagen, wir sind so stark, daß wir eine Wiedervereinigung verhindern können, und dann darauf ein Konzept zu entwickeln, das sich nicht halten läßt, weil die Ausgangsvoraussetzung falsch ist. Es war ein eindeutiger Wille zur Vereinigung da. Dieser Wille ist systematisch geschürt worden, und wir hatten nicht die Möglichkeit, da entsprechend gegenzuhalten. Mir wäre es auch lieber gewesen, wenn es kleinere Teile gegeben hätte, weil ich der Meinung bin, daß kleinere Teile auch weniger gefährlich sind. Aber die gesellschaftliche Entwicklung war eine andere zu dem Zeitpunkt. Die Vereinigungseuphorie zu ignorieren wäre einfach blindes Vorgehen gewesen.

Man mußte sie nicht ignorieren, aber man hätte sie trotzdem ablehnen und bekämpfen können.

Das haben wir ja durchaus getan.

In Schriften aus dieser Zeit klingt das aber anders. Kurz nach der Wiedervereinigung hat es die Hoffnung gegeben, daß die Jugendlichen in Westberlin eine relativ große antimilitaristische Bewegung aufbauen werden, weil es auch für unpolitische oder nicht besonders links stehende junge Männer zum ersten Mal unmittelbar erlebbar war, daß der Staat in ihre Lebensplanung eingreift. Für die meisten Jugendlichen in Westberlin hatte zu die-



*sem Zeitpunkt die Zu-
richtung, die in West-
deutschland schon in
den Schulen beginnt,
tatsächlich noch nicht
in dem üblichen Maße
stattgefunden. Es war
dann aber doch nur ein
sehr kurzer Zeitraum,
in dem man diese Hoff-
nung haben konnte.
Habt ihr vorausgese-
hen, daß der Wider-
stand schnell wieder ab-
flauen wird?*

Es war sicherlich illusionär zu denken, daß jeder Wehrpflichtige auch potentiell ein Widerstandsleistender ist. Das haben wir auch nie getan, aber wir haben schon gehofft, daß die Triebkraft, sich zu wehren, wesentlich stärker sein würde. Es gab allerdings teilweise Jahrgänge, die sich bis zu 50% geweert haben. Aber es ist nicht gelungen, die extrem gestiegene Anzahl von Kriegsdienstverweigerern politisch zu kanalisieren und zu einer machtvollen Organisation umzubauen. Die Kriegsdienstverweigerungszahlen haben sich im Laufe der Kohl-Regierung verdreifacht, aber die Aktivenan-

zahl hat sich um den Faktor zehn minimiert. Es gibt viele Überzeugte, die auf keinen Fall Militärdienst machen würden, die aber nicht bereit sind, sich aktiv gegen die gesellschaftliche Grundströmung zu wenden. Die Jugendlichen heute interessieren sich eher für einen Aktienwert als für antimilitaristische Aktionen. Jetzt bauen wir nicht nur auf die Moral, weil wir damit nie über einen bestimmten Prozentsatz in der Bevölkerung hinauskommen werden. Wenn wir aber immer mehr die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten der Wehrpflicht aufzeigen können, erhoffen wir uns mehr Erfolg. Es ist mittlerweile gelungen, daß die Opportunisten das entscheidende Potential bilden. Mittlerweile geht nur mehr ein Drittel der wehrpflichtigen Jugendlichen selber zur Armee. Die Opportunisten werden politisch der umkämpfte Posten sein. Wenn es uns gelingt, die zu uns hinüberzuziehen, dann ist die Bundeswehr bei fallenden Geburtenraten nicht mehr in der Lage, ihren Bedarf zu decken.

Der Mörder ist immer der Gärtner – Soldaten sind Gärtner. Berlin, 20. Juli 1999

© Zone 0 / Boris Bocheinski

Was sind im Augenblick die Arbeitsschwerpunkte der „Kampagne“?

Wir beobachten die Aktivitäten in den Kasernen, insbesondere bei den Krisenreaktionskräften. Wir sind in der Lage, Gutachten zu erstellen, dringen in Kasernen ein, holen rechtsradikale Bücher und Unterrichtsunterlagen raus und geben die an die Medien weiter. Wir haben eine sehr gute Pressearbeit entwickelt und können deswegen sagen, daß wir ein politischer Faktor geworden sind. Wir werten die militärischen Schriften aus, um zu sehen, was die Militärs vorhaben, und mischen uns so gut wir das können gerade in die Debatte um die Krisenreaktionskräfte und die ständige Erweiterung des Einsatzraums der Bundeswehr ein. Wir sind noch lange nicht in der Endphase der deutschen militärischen Einsatzbereitschaft.

Wenn wir davon reden, daß Deutschland noch nicht am Zenit seiner wiedererlangten Macht und seiner militärischen Einsatzfähigkeit ist, dann müssen wir über die Grünen reden, die maßgeblich an den deutschen Hegemoniebestrebungen beteiligt sind. Ihr habt eines von euren Büros in der Grünen Landeszentrale.

Wie ist das Verhältnis zu den Grünen?

Die Grünen waren lange Jahre intensiver Partner der Friedensbewegung. Es gibt auch heute noch Grüne, die sich dem antimilitaristischen Grundsatz verpflichtet fühlen. Die Grünen sind durchaus nicht einheitlich, aber die Regierungsgreenen sind mittlerweile, teilweise

aus persönlichen Karrieregründen, teilweise aus vermeintlicher Überzeugung oder auch aus Fehlinformation, im anderen Lager angesiedelt. Wir haben nach wie vor Kontakte zu den Grünen. Wir haben auch unser Büro in der Landesgeschäftsstelle in Berlin behalten. Aber es gibt natürlich Stellungnahmen wie von der Grünen Angelika Beer, die unsere Gelöbnisaktionen als daneben empfand. Das ist im Grunde der Aufruf, sich nicht an antimilitaristischen Aktionen zu beteiligen. Das ist ein Verrat an grünen Grundsatzzielen. Es geht mittlerweile sogar so weit, daß Leute wie wir von Grünen bekämpft werden. Die Bundeswehr wird als Gesprächspartner bevorzugt, und wir haben schlechtere Informationen als früher. Was in den letzten zwei Jahren passiert ist, revidiert 20 Jahre gelebten Antimilitarismus von grünen Politikern. Wenn die Grünen so weitermachen, werden sie jegliche Tradition und auch ihre Verankerung bei den Aktiven verlieren. Dann wird es für sie auch als Partei relativ schwierig zu überleben. Wenn sie eine militärbefürwortende Partei sind, sind sie auch nicht mehr wählbar.

Im parteipolitischen Spektrum gibt es als relevanten Bündnispartner dann nur mehr die PDS. Das war von den im Bundestag vertretenen Parteien die einzige, die beim Kosovo-Krieg – wenn auch sehr zurückhaltend – eine antimilitaristische Linie verfolgt hat.

Die PDS arbeitet eng mit uns zusammen. Man muß aber dazu sagen, daß bei der PDS

das Problem besteht, daß sie nach außen hin antimilitaristische Positionen vertritt, daß aber die Anzahl ehemaliger Militärs aus der Nationalen Volksarmee sehr hoch ist. Da ist nicht jeder zum Pazifisten mutiert. Wenn sie in der Regierungsverantwortung wären, würde der gleiche Effekt eintreten wie bei den Grünen. Ob ich einem NVA-Offizier entgegenrete, der bei der PDS aktiv ist und sich momentan als Antimilitarist geriert und später dann doch die Militärs unterstützt, oder aber einem ehemals grünen Friedensbewegten, der jetzt auch Militärs unterstützt, das ist mir im Ergebnis egal. Dann sind für mich beide nicht tragbar.

Wie sieht es mit potentiellen anderen Bündnispartnern aus – beispielsweise aus dem Spektrum der linksradikalen Antinationalisten?

Bei den Antinationalen gibt es nicht so starke Strukturen wie zum Beispiel im Umweltschutzbereich. Umweltschutz und Antimilitarismus gehören ganz eng zueinander. Es wäre zum Beispiel zwingend erforderlich, daß Greenpeace gemeinsam mit uns gegen jedes Militärprojekt vorgeht, aber das funktioniert nicht.

Dann schaut es eigentlich recht schlecht aus. Die Grünen kann man abschreiben. Die Umweltschützer wollen nicht. Die Antinationalen haben keine ordentlichen Strukturen. Bei der PDS ist angeblich die NVA noch ziemlich stark...

Das stimmt leider. Es hat sich eher zum Schlechten verändert. Deutschland beteiligt sich an Kriegen und macht In-

terventionseinsätze. Deutschland schreibt seit 1992 offiziell in Papiere rein, die für jeden öffentlich einzusehen sind, daß zu den vitalen Interessen Deutschlands die Rohstoffabsicherung gehört. Und das geht hier ohne große Proteste durch. Da muß man sich fragen, wie kann es möglich sein, daß in einem Land, was 45 Jahre lang offiziell erklärt hat, keine Militäreinsätze mehr zu machen, sich alles so rasant verändern kann.

Das hat doch ganz eindeutig mit der deutschen Wiedervereinigung zu tun. Daß die Remilitarisierung so funktioniert, liegt an der massenhaften nationalistischen Mobilisierung. Die Bevölkerung und auch die Soldaten sind nicht einfach im klassischen Sinne verblendet und getäuscht. Nationalismus und damit verbunden der Militarismus funktionieren nicht nur durch Blendung und Täuschung, sondern sind etwas, das fast eigenständig von – wenn man überhaupt in solchen Kategorien reden mag – „unten“ kommt. Wenn es erst mal zu einer volksgemeinschaftlichen nationalistischen Mobilisierung kommt, bedarf es für die Unterstützung der nationalen Anliegen doch keiner großen Überredungskünste mehr, sondern die Leute agieren als bürgerliche Subjekte einfach per se nationalistisch und denken daher nahezu zwangsläufig in militaristischen Kategorien. Das macht es ja so schwierig.

Unstrittig. Wir sollten uns daher für die Zukunft auch Gedanken machen, ob unsere Widerstandsstrukturen für das, was noch auf uns zukommt, ausreichen.

Ein Arbeitsschwerpunkt der „Kampagne“ ist die Störung der öffentlichen Gelöbnisse der Bundeswehr, was auch immer sehr öffentlichkeitswirksam ist. Die Bundeswehr hat verlautbaren lassen, daß die diesjährigen Aktionen die bisher größte Störaktion bei einem Gelöbniß war.

Das sehe ich ein bißchen anders. Es war für sie eine Aktion, wo sie einen geschlossenen Hochsicherheitstrakt inszeniert haben und versucht haben, das als öffentliches Gelöbniß darzustellen, wobei jedem dann spätestens nach dieser Auseinandersetzung klar geworden ist, daß es eine Veranstaltung von geladenen Gästen mit ungeladenen Demonstranten war. Klasse war natürlich, daß es ein Gelöbniß mit der Sicherheitsstufe 1 war, mit Bundeskanzlerbeteiligung und Verteidigungsminister. Sie sind gesetzestreu gegenüber uns vorgegangen, haben sehr viele Dinge angewendet, die sie nicht anwenden dürfen, haben offenen und offensiven Rechtsbruch begangen, um die Störungsfreiheit zu erreichen, und sind dennoch voll baden gegangen. Das macht die Frustration bei den Militärs aus. Es hat aber auch schon Gelöbnisse gegeben, die völlig verhindert wurden. Das empfinde ich als viel größeren Erfolg. Es gab vom Bundeswehrverband die Absicht, auf dem Alexanderplatz eine Großveranstaltung zu machen. Die ist nach diesen Auseinandersetzungen

ins Internationale Congress Centrum verlegt worden. Das sehen wir auch als Erfolg. Wir können uns freuen und können hoffen, daß die Bundeswehr nicht so schnell wieder so ein Gelöbniß macht. Ich glaube aber, daß sie stur bleiben werden und es weiter probieren. Der Sinn des öffentlichen Gelöbnisses besteht gerade darin, daß man die Kaserne verläßt. In der Kaserne ist man isoliert. Dort gibt es keine Verbindung mehr zwischen der Bevölkerung und dem Militär. Wir finden es gut, wenn sie sich in die Kaserne zurückziehen. Wenn man es historisch betrachtet, gab es immer Phasen, wo sich die Bundeswehr nicht an die Öffentlichkeit getraut hat mit ihren Gelöbnissen. Wenn so eine Phase jetzt kommen sollte, würde ich das begrüßen, aber ich weiß aus der Erfahrung, daß sie selbstverständlich irgendwann zurückkommen werden.

Wenn man sich länger mit dem Militär auseinandersetzt und sich Gedanken darüber macht, warum es das überhaupt gibt, kommt man zwangsläufig auf gesellschaftliche Strukturen zu sprechen. Welche Rolle spielen bei euch Diskussionen über das Verhältnis von Antimilitarismus und Antikapitalismus?

Wer sich gegen Militarismus wehrt, muß auch eine Kapitalismuskritik betreiben. Wir sind allerdings auf Grund unserer Orientierung nicht in der Lage, gesamtgesellschaftliche Grundsatzkritik auch noch mitzumachen. Wir haben das zwar als geistiges Rüstzeug dabei, aber wir können nicht auch noch diesen Bereich abdecken.

Ihr betreibt antimilitaristische Politik nicht in irgendeinem Land, sondern in Deutschland. Findet die Tatsache, daß es das Land von Auschwitz ist, in dem ihr gegen das Militär kämpft, einen Niederschlag in eurer Arbeit?

Wir fühlen uns einer besonderen Tradition verbunden, die antimilitaristische Struktur hier aufrecht zu halten. Die hat es auch zur brutalsten Militärzeit gegeben. Wir haben hier eine größere Verantwortung als ein Staat, von dem nicht solche Angriffskriege und Weltkriege verursacht wurden. Wer sich gegen Militär wendet, muß sich immer auch international einsetzen. Es hat keinen Sinn, nur einen Staat militärisch abzurüsten, wenn die anderen weiterhin ihre Waffensysteme liefern und sie auch anwenden. Insofern ist der internationale Gedanke beim Antimilitarismus entscheidend.

Im Kosovo-Krieg hat man gesehen, was es heißt, wenn mit der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit neue militärische Einsätze begründet werden. Ein militärischer Einsatz deutscher Soldaten stellt immer auch eine bestimmte Form der Auseinandersetzung mit der deutschen Verfolgungs- und Vernichtungspraxis dar. Das ist doch ein Unterschied zu anderen Ländern.

Es ist besonders hinterhältig, wenn die Interventionseinsätze mit dem Kampf für Menschenrechte gleichgesetzt werden. Gerade im Land von Auschwitz, im Land von Militarismus in fast höchster

Perfektion, ist es notwendig, sich über die Wurzeln im klaren zu sein. Man muß aber aufpassen, daß man sich den Zugang zu potentiell Widerstandsleistenden nicht versperrt, indem man eine Gleichsetzung macht zwischen dem Dritten Reich und den Militärstrukturen heute. Die Bundeswehr ist nicht mehr die Wehrmacht. Aber es gibt immer noch Traditionslinien innerhalb dieser Armee, die sich bewußt und offen zu den alten Strukturen bekennen.

Es geht bei dem spezifisch deutschen Aspekt nicht nur um die Vergangenheit, sondern es ist für eine antimilitaristische Bewegung auch die Frage, ob man nicht auch in Zukunft sagen muß, dieser deutsche Militarismus ist aus ganz bestimmten Gründen und in bestimmten Konstellationen noch mal viel gefährlicher als der Militarismus in einem anderen bürgerlich-kapitalistischen Land. Dann müßte man auch sagen, daß der deutsche Militarismus der Hauptfeind ist und nicht so ein etwas abstrakter internationaler Militarismus.

Ich gehe davon aus, daß wir unter der Vorherrschaft von Amerikanern, Franzosen und Deutschen in den nächsten Jahren eine ganz andere Weltordnung installiert bekommen. Solche Einsätze wie jetzt im Kosovo werden viel häufiger vorkommen. Es wird mittlerweile in jeder Armee eine Umstrukturierung vorgenommen in Hinblick auf Ressourcenabsicherung. Das ist im Grunde, wenn man das gegenüber dem Kolonialismus betrachtet, keine

Veränderung. Man sagt, man will Rohstoffe, also holt man sich die Rohstoffe. Wenn man sie nicht freiwillig bekommt oder über schlechte Handelsbedingungen erreichen kann, dann holt man sie sich mit Gewalt. Das wird der Krieg der Zukunft sein. Es ist den Militärs gelungen, innerhalb der Bevölkerung, auch gerade in linken Kreisen, eine gewisse Zustimmung für ihr Einsatzverhalten zu bekommen, wenn es medial entsprechend aufgearbeitet wird. Die Grünen spielen dabei eine zentrale Rolle. Früher waren sie geschlossen gegen Militär, heute sind sie mehrheitlich, vor allem regierungsmehrheitlich für Militäreinsätze unter bestimmten Voraussetzungen. Es gibt eine Veränderung gegenüber früher. Man geht nicht mehr mit plumpem Militarismus vor, sondern bringt den modernen Militarismus über Menschenrechtskomponenten und ähnliches an den Mann und an die Frau.

Kann die Entwicklung der Grünen nicht auch damit etwas zu tun haben, daß es, wenn es früher gegen einen Krieg gegangen ist, in erster Linie gegen das amerikanische Militär ging. Heute müßte sich die Kritik und der Widerstand hingegen unmittelbar gegen das deutsche Militär richten. Da sind dann plötzlich doch sehr viele ehemalige Pazifisten nicht mehr dazu bereit. Da müßte man sich doch fragen, ob früher dieser nicht nur latente, sondern ganz offene Anti-amerikanismus in der Linken und in der Friedensbewegung, der schon damals keine

emanzipativen Momente hatte, eine maßgebliche Rolle gespielt hat.

Das ist eine These, die man erst untersuchen müßte. Ich vermute, daß es eher so ist, daß die Widerstandsbereitschaft gegen Militär an sich geschwächt wurde durch diese ideologische Komponente „Menschenrechtseinsatz“ und die von Joschka Fischer immer wieder betriebene Gleichsetzung, daß man jetzt Einsätze machen muß, im gleichen Namen und mit der gleichen Intention wie damals gegen das Dritte Reich. Das ist einfach Geschichtsverfälschung und politischer Opportunismus in potenziierter Form.

In der auffallend kleinen Antikriegsbewegung hat es einen heftigen Konflikt darum gegeben, wie mit dem jugoslawischen und serbischen Nationalismus umzugehen ist – nicht nur in der theoretischen Einschätzung, sondern ganz praktisch auf Demonstrationen. Wie hat sich das in Berlin abgespielt und wie schätzt Du das ein?

Man muß natürlich schauen, daß man solchen nationalistischen Strömungen entgegenwirken kann, aber das ist nicht die Hauptaufgabe, sondern die Hauptaufgabe ist, solche Militäreinsätze jetzt und zukünftig so gut es geht zu bekämpfen.

Die Menschenrechte haben beim Kosovo-Krieg eine zentrale Rolle gespielt. Du hast es auch so eingeschätzt, daß die kriegführenden Staaten die Menschenrechte als Ideologie eingesetzt haben, um ihren Angriff zu rechtfertigen. Heißt das, Du würdest die Menschen-

rechte prinzipiell als eine Appellationsinstanz anerkennen?

Ich bin sehr wohl der Meinung, daß Menschenrechte verteidigt werden müssen, aber nicht mit Waffengewalt, weil gerade die Waffengewaltanwendung dazu führt, daß Menschenrechte unterdrückt werden. Es gibt zig Konflikte, wo die Bundesregierung entscheiden müßte, militärisch vorzugehen, wenn sie es wirklich ernst meinen würde. Wenn es den Weltpolizisten schlechthin gäbe, hätte der mindestens in einem Viertel bis einem Drittel aller Staaten einzugreifen. Das wird aber aus verschiedenen Erwägungen nicht getan.

Du hast gesagt, daß der Krieg der Zukunft wieder eine Art Kolonialkrieg um Rohstoffe sein wird, aber das war doch gerade jetzt beim Kosovo-Krieg nicht der Fall.

Formal war das nicht der Fall. Es geht aber letztlich auch um Einflußsphärensicherung. Es war klar, daß man damit weiterhin die Sowjetunion schwächen wollte. Man wollte den Ostblock auch weiterhin verkleinern, denn er würde als Wirtschaftsraum durchaus eine Gefahr darstellen, wenn er florieren würde. Es gibt zwar keinen direkten Zugriff auf Rohstoffe, aber langfristige Durchlieferungsabkommen, die für die kriegführenden Staaten durchaus interessant sind. Außerdem ist es immer ideal, wenn man nicht gleich mit dem schlimmsten und offensichtlichsten Fall anfängt, sondern mit einem Grenzfall. Jugoslawien ist ein Grenzfall und insofern, wenn man es ganz kalkuliert betrachtet, auch ein ideal gewähltes Beispiel.

Trotzdem gilt es zu berücksichtigen, daß

Kriege um Rohstoffe heute nicht mehr zwangsläufig geführt werden müssen, weil wir einen globalen kapitalistischen Weltmarkt haben. Die reichen Nationen können sich das Zeug obnehin überall kaufen und brauchen dafür keinen Krieg mehr zu führen.

Das glaube ich nicht ganz, weil die Ressourcen knapper werden. Wir haben im Moment noch die Zugriffsmöglichkeiten auf Grund der Handelsbedingungen. Wenn das nicht reicht, kann man auch jetzt schon mit militärischem Druck nacharbeiten, aber wir befinden uns immer noch in einer Überflusssituation. Was in Zukunft kommen wird, ist nicht ein Krieg der Ideologie, sondern der nackte Überlebenskampf, weil die Ressourcen nicht zuletzt auf Grund der Umweltverschmutzung knapper werden. So ein Gut wie Wasser wird extrem umstritten sein. Das fängt in den peripheren Gebieten an und wird hier später stattfinden. Das wird so laufen, daß in Afrika einige Nationen übereinander herfallen werden, um Wasserzuleitungen beispielsweise umzuleiten. Da wird dann die Frage sein, wie sich Europa oder Amerika verhält. Wie wird es sein, wenn auch hier die Wasserqualität absinkt? Wenn es an elementare Grundversorgungsressourcen geht, dann wird einseitig die Axt ausgepackt.

Gibt es bei der Bundeswehr relevante Konzepte in Richtung Berufsarmee?

Innerhalb des Militärs und interessanterweise auch innerhalb der Rüstungsindustrie gibt es spannende Kämpfe. Eine Fabrik wie

Heckler & Koch beispielsweise, die Maschinengewehre herstellt, hat natürlich ein vehementes Interesse an einer großen Armee. Die brauchen eine Wehrpflichtarmee und setzen auch alle ihre Lobbyisten dazu ein, genau diese Wehrpflichtarmee zu erhalten. Eurofighter-Hersteller hingegen wollen eine kleine High-tech-Armee, denn jeder Mann, der weniger in der Kaserne steht, ist schon wieder ein Rad oder irgendein Teil des Fliegers. Es kommt noch hinzu, daß auch sehr viele Militärs den Eindruck haben, sie könnten ihre Konzepte sehr viel leichter durchsetzen, wenn die Wehrpflichtigen nicht als Behinderung da wären. Das ist auch das klassische Argument gegen die Abschaffung der Wehrpflicht. Das ist aber falsch, weil die Berufsarmee bei uns ohnehin existiert. Es gibt zwei Klassen von Soldaten: die sogenannten Heimatverteidiger und die Krisenreaktionskräfte. Die Heimatverteidiger werden klassisch ausgebildet und sind im Grunde Soldaten zweiter Klasse. Sie bekommen nicht mehr so eine harte Ausbildung und haben schlechteres Waffenmaterial. Die anderen hingegen kommen zum Volleinsatz. Denen wird auch beigebracht, daß ihr Leben durchaus in Gefahr ist, wenn sie zum Einsatz kommen. Man setzt sich intensiv mit dem Sterben auseinander und schafft Betreuungskonzepte und psychologische Unterstützung. Es gibt Familienbetreuungszentren und auch die Verbindung mit der Kirche. Der pastorale Einsatz an der Front wird entsprechend schon wieder geübt. Genau so ist es bezüglich der Einsatzkonzepte. Die werden



vollkommen umgestellt. Der heutige Soldat muß in der Lage sein, sowohl in kalten als auch in heißen Gebieten zu reagieren. Er muß mit verschiedenen Sprachen und nationalen Eigenheiten klar kommen können. Das wird alles geübt. Insofern wird diese Gruppierung, die sowieso schon anfängt, sich in der Armee zu isolieren, immer mehr darauf drängen, daß dieses kasernierte, abgeschottete Bewußtsein auch Richtung Berufsarmee weiter vorangetrieben wird, während die anderen klassisch sagen, wir brauchen auch die Verbindung zur Bevölkerung. Die Wehrpflicht ist immer noch das Argument, daß es die Armee auch als Beschützerin des Volkes gibt. Das ganze Demokratiegequatsche bezüglich der Wehrpflicht, das nirgendwo eine relevante geschichtliche Bestätigung findet, zeigt, daß die Berufsarmee wahrscheinlich in einer Form kommen wird, die durchaus noch Wehrpflichtige mit beinhaltet. Es ist nicht diese Berufsarmee, die in der Weimarer Republik bestanden hat. Das wird we-

sentlich modernisierter stattfinden. Wenn man die Abschaffung der Wehrpflicht fordert, muß man sich auch überlegen, welche Zusatzkonzepte gehören mit dazu. Wir fordern nicht nur die Abschaffung der Wehrpflicht, sondern sagen immer dazu, man muß auch berücksichtigen, daß die Armee insgesamt geschwächt wird, und man muß den verbleibenden Anteil stärker kontrollieren als bisher. In der Öffentlichkeit wird von uns aber zunächst mal die Abschaffung der Wehrpflicht als zentrale Forderung präsentiert. Dann muß man schauen, wie es bei einer Umsetzung im Detail aussieht. Wir halten es für wichtig, daß die Wehrpflicht sofort wekommt, weil der Grundsatz militärischer Konfliktlösung bei jedem Jugendlichen, der dort in die Kaserne kommt, wirkt. Es kann mir keiner erzählen, daß ein in die Kaserne gekommener Mensch dort so wieder raus kommt, wie er vorher war. Wenn es gelingt, die Wehrpflicht abzuschaffen, ist erst mal ein großer Schritt erreicht.

Deutsche Fallschirmjäger
im Friedenseinsatz.
Berlin, 20. Juli 1999

© Zone 0 / Boris Bocheinski

Kampagne gegen Wehrpflicht,
Zwangsdienste und Militär,
Oranienstraße 25,
10999 Berlin,
Telefon (++49/30)
615 005 30/ 31,
Telefax (++49/30)
615 00 529

Im Verlauf der Auseinandersetzungen über das Verhältnis der „Kampagne“ zu den Grünen kam es bereits zu einer Abspaltung von jenen, die gegenüber der olivgrünen Kriegspartei eine noch klarere Abgrenzung fordern: Bündnis für antimilitaristische Maßnahmen (BAMM!), Manteuffelstraße 103, 10997 Berlin, Telefon (++49/30) 610 744 11, Telefax (++49/30) 610 744 10, e-mail: bamm@gosh.berlinet.de

Grenzcamp 99 in Zittau

Bericht über ein
antirassistisches
Sommercamp an der
deutsch-tschechisch-
polnischen Grenze

VON IRENE MESSINGER*

Herzlich willkommen! ...heißt es in der örtlichen Tourismuswerbung Lückendorfs. Willkommen sind allerdings weder Menschen, die aufgrund der bereits fast verunmöglichten legalen Einreise zum heimlichen Grenzübertritt im tschechisch-polnisch-deutschen Dreiländereck gezwungen sind, noch Menschen, die auf diesen Zustand durch ein Grenzcamp aufmerksam machen wollten. Die rund 550 LückendorferInnen wehrten sich mit Unterstützung des Kreisverbandes der NPD Löbau-Zittau kurzfristig, aber erfolgreich gegen das vom 7. bis 15. August 1999 geplante Camp im Rahmen der deutschen Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ – die Begründung: Campen ist im Naturschutzgebiet verboten. Die angemietete Wiese wurde bereits am Freitag von rund hundert CamperInnen belagert. Nach der Ankunft zahlreicher weiterer CampenteilnehmerInnen wurde schließlich ein Ersatzgelände in der Nähe Zittaus gefunden.

Im Einladungsflyer wurde die Entscheidung zur Organisation eines Camps an der Grenze begründet: „Grenzen sind da, um überschritten zu werden.(...) Menschen lassen sich von jeher nur schwer daran hindern, Grenzen zu überschreiten. Die Entscheidung über den Aufenthaltsort in die eigene Hand zu nehmen, mag für die einen selbstverständlich sein, andere haben oft existentielle Gründe und fliehen vor Verfolgung, Ausbeutung und Krieg, sehen in ihrem Herkunftsland keine Perspektive. Gleichgültig wieso

und weshalb – bestimmte Grenzen zu passieren ist für die meisten Menschen dieser Welt heute schwerer denn je.(...) Grenzen sind überkodierte Orte, und so haben auch praktische Interventionen im Grenzgebiet notwendigerweise einen starken symbolischen Charakter.“

Der Einladung ins Grenzgebiet der ehemaligen DDR zu Tschechien und Polen folgten insgesamt ca. 1200 Menschen mit sehr unterschiedlichen politischen Hintergründen. Das diesjährige Camp war bereits die zweite Veranstaltung dieser Art. Im letzten Jahr campten einige hundert AktivistInnen an der deutsch-polnischen Grenze bei Görlitz. Die Zielsetzung: Der Verschleierungs- und Denunziationskampagne von Polizei und Bundesgrenzschutz zu widersprechen und gleichzeitig alle Menschen zu unterstützen, die sich der Staatsschutzmaschinerie widersetzen wollen oder müssen. Die Mittel waren Aufklärung und sachliche Information, aber auch taktisches Experimentieren, hinterhältiges Amusement und gezielte Irritationen des Bundesgrenzschutzes (BGS) und der Bevölkerung.

Während der Woche wurden viele Aktionen durchgeführt, die in Zittau und Umgebung für Gesprächsstoff sorgten. Am Zittauer Marktplatz wurde ein Denkmal für die unbekannte FluchthelferIn eingeweiht, Informationsmaterial über Flüchtlingspolitik und die Zustände im grenznahen Flüchtlingslager verteilt und ein Feuerzirkus veranstaltet. Eine Kaserne des BGS

wurde mehrere Stunden belagert, was die Grenzschrützer am Verlassen ihrer Zentrale hinderte. Es wurde mit einem Auschwitz-Überlebenden diskutiert, ein Border-Rave veranstaltet und anhand eines Asylspiels die Schwierigkeiten von der Flucht aus dem Heimatland bis zum Ziel Asyl aufgezeigt – ein Ziel, das im Spiel, anders als in der Realität, immerhin einer von elf Flüchtlingen erreichte. Grenzspaziergänge wurden ebenso organisiert wie ein Trauermarsch mit Kreuzen zur Erinnerung an Flüchtlinge, die beim Grenzübertritt zu Tode gekommen sind. Aufkleber mit der Aufschrift „Besser als die STASI. Dank ihrer Hilfe“ und der Nummer des Bundesgrenzschutzes sollten die BewohnerInnen Zittaus zum Überdenken ihrer Rolle als DenunziantInnen anregen.

Der in der Gegend sagenumwobene Räuber und Schmuggler Karasek überfiel die Lokalbahn und schmückte den Zug mit antirassistischen Transparenten. In Zittau und Jonsdorf tauchten Plakate eines Arbeitskreises „Welt und All“ auf, die die Vorführung des Films „Die Sonnenfinsternis und ihre Folgen für Deutschland“ bewarben. Nach einer wissenschaftlichen Einführung in das Phänomen werden böse Befürchtungen Wirklichkeit: Der Mond bleibt vor der Sonne stehen. Nach Wochen in völliger Dunkelheit und immer extremer werdender Kälte beginnt die Massenflucht aus Deutschland: Flüchtlingskontingente, militärisch gesicherte Grenzen, heimlicher Grenzübertritt und Sammellager werden für die deutschen Flüchtlinge Realität. Ausgehend von dieser Erfahrung wurde eine anregende Diskussion mit den ZuschauerInnen geführt.

*) Irene Messinger ist Mitarbeiterin der Desserteurs- und Flüchtlingsberatung in Wien

Die wenigen ZittauerInnen, die den Weg ins Camp fanden, waren von der Sinnhaftigkeit einiger Aktionen nicht immer überzeugt und erinnerten daran, daß sie weiterhin in dem Ort leben müßten und die CamperInnen der Entwicklung einer linken Szene nicht immer förderlich waren. Einige beteiligten sich dennoch an den Aktionen und fühlten sich in ihrem Engagement gestärkt.

Kontakt wurde auch mit BewohnerInnen des Flüchtlingslagers in Zittau hergestellt, die teilweise an Aktionen teilnahmen und zeitweise auch im Camp lebten. Die Lebensbedingungen für die ca. 130 BewohnerInnen wurden von den Flüchtlingen als unmenschlich beschrieben: unsauberes und nicht genügend heißes Wasser; zu wenige Waschmaschinen und Kochgelegenheiten; nur zwei Stunden Heizung im Winter, keine Möglichkeit, Lebensmittel selbstständig einzukaufen und bis zu zwei Wochen Wartezeit auf einen Arzttermin. Auf einer zuvor untersagten Demonstration wurden die Schließung des Flüchtlingslagers in Zittau und eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung gefordert. Bei einer gemeinsamen Veranstaltung von CampteilnehmerInnen und Flüchtlingen wurde ein Film über die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“ gezeigt und anschließend über Selbstorganisations- und Unterstützungsmöglichkeiten der Menschen im Flüchtlingslager diskutiert sowie Ansätze zur weiteren Zusammenarbeit gesucht.

Innerhalb des Camps wurde viel Zeit damit verbracht, Informationen und Meinungen auszutauschen. Der größte Teil der Diskussionen verlief in selbstorganisierten klei-

nen Gruppen. Angeboten wurden beispielsweise Workshops zur Situation von Flüchtlingen in Tschechien, Polen und Ungarn, dem NATO-Krieg in Jugoslawien, Repressionen gegen AtomgegnerInnen und zur Fluchthilfe.

Der Slogan des Camps „Keine Grenze ist für immer“ war ebenfalls Diskussionsthema, da dieser auch von Vertriebenenverbänden verwendete Spruch an der deutsch-tschechisch-polnischen Grenze unsensibel gewählt war. Die bereits im Vorfeld des Camps laut gewordene Kritik an der Übernahme revanschistischer Parolen durch deutsche Antirassisten wurde von den meisten CampteilnehmerInnen geteilt. Es wurde aber auch Verständnis dafür geäußert, daß im Chaos der unter Zeitdruck erfolgten Vorbereitungen ein unreflektierter Slogan Verwendung fand, der in der Folge, um Fehlinterpretationen zu vermeiden, mit dem Untertitel „den Rassisten auf die Finger“ versehen wurden. Die Fragwürdigkeit des Slogans wurde dadurch allerdings nicht wirklich aus der Welt geschafft.

Der Versuch, die eigenen antirassistischen Ideale eine Woche lang gemeinsam nicht nur zu propagieren, sondern auch zu leben, scheiterte aus der Sicht einiger TeilnehmerInnen in manchen Bereichen. Mangelnde Übersetzungen und die Dominanz einiger Deutscher wurden kritisiert.

Die Berichterstattung in den Lokalmedien war sehr unterschiedlich und oft abhängig von den am Tag zuvor organisierten Aktionen. Mediales Interesse erweckte unter anderem die halbstündliche Durchsage im Sächsischen Rundfunk, daß man beim Bürgertelefon des Bundesgrenzschutzes nicht mehr we-



gen dem bei einem Gewinnspiel einer Pizzeria versprochenen Rundfluges anzurufen brauche. Die Telefone seien überlastet und es handle sich dabei bloß um einen Scherz.

Es gab unterschiedliche Einschätzungen zu der Frage, ob die in das Camp gesetzten Erwartungen erfüllt wurden. Was das Camp auf jeden Fall leistete, war die Vernetzung unterschiedlicher Personen und Gruppen – insbesondere mit Menschen aus Polen, Tschechien, Jugoslawien und Weißrußland. Außerdem gelang die Schaffung einer Basis für eine zukünftige Zusammenarbeit mit den Flüchtlingen im Zittauer Asylheim und die längerfristige Irritation der BürgerInnen in der Gegend. Grundsätzlich kann ein solches Camp wohl auch nicht mehr, als Fragen aufzuwerfen und Diskussionen anzuregen. Fragen wurden auf diesem Camp genügend gestellt – unter anderem immer wieder auch die selbstkritische Frage, ob ein solches Grenzcamp die richtige Form antirassistischen Widerstandes gegen die herrschende (Aus)Grenz(ungs)politik ist. ■

Der Bund, die Grenze, der Schutz

© Irene Messinger

Weitere Infos im Internet:
www.contrast.org/borders/camp

Diplomatische Sklaverei

„Dieselben Vertreter internationaler Organisationen, die öffentlich die Menschenrechte preisen, halten sich zu Hause Sklaven.“

Luis Cid, Syndicat sans frontières¹

VON ANGELIKA KARTUSCH*

Immer wieder werden in Österreich Fälle publik, wo Migrantinnen in Haushalten von UN-Bediensteten und DiplomatenInnen unter miserablen Arbeitsbedingungen ausgebeutet werden. Die betroffenen Frauen können sich aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation und ihres oft illegalen Aufenthaltsstatus aus diesem Abhängigkeitsverhältnis nur schwer befreien. Darüber hinaus macht es die diplomatische Immunität der ArbeitgeberInnen den Migrantinnen fast unmöglich, ihre Entgeltansprüche aus dem Dienstverhältnis durchzusetzen.

Vorab sei festgehalten, daß es keineswegs die Absicht des Artikels ist, pauschal allen DiplomatenInnen unlautere Absichten zu unterstellen, sondern lediglich darauf aufmerksam zu machen, daß derartige Fälle immer wieder vorkommen² und die Möglichkeiten der Rechtsdurchsetzung sowohl aufgrund der wirtschaftlichen und rechtlichen Situation der Migrantinnen als auch der rechtlichen Stellung diplomatischer Bediensteter de facto aussichtslos sind.

Die Deserteurs- und Flüchtlingsberatung in Wien berichtet von der Lateinamerikanerin A, die im Mai durch eine Agentur an einen in Wien ansässigen Diplomaten zwecks Arbeit in dessen Haushalt vermittelt wurde. Der Vertrag enthielt keine näheren Bestimmungen über die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen, vielmehr wurde A Kinderbetreuung und die Beaufsichtigung des

Haushaltes in Aussicht gestellt. Sie müsse keine außerordentlich schwere Arbeiten verrichten. Vertraglich vereinbart wurde ein Lohn von etwa öS 5.000,- bei freier Kost und Quartier. Der Diplomat verpflichtete sich, die Vermittlungsgebühren sowie die Reisekosten für A zu tragen. Allerdings beinhaltete der Vertrag eine Klausel, gemäß der A für den Fall, daß sie das Arbeitsverhältnis vor Ablauf von drei Monaten beenden würde, die Reisekosten selbst zu bezahlen hätte. Nachdem A zu Hause ihr Hab und Gut verkauft hatte, reiste sie mit einem Visum D,³ das für vier Monate ausgestellt worden war, nach Österreich ein. Hier angekommen, mußte A täglich bis spätabends putzen und für große Empfänge kochen. Außerdem bekam sie von ihren ArbeitgeberInnen kaum zu essen und war Beschimpfungen ausgesetzt. Nach einem Monat ergriff sie die Flucht und fand bei einer befreundeten Familie vorübergehend Unterschlupf. Ihr Arbeitgeber hatte allerdings ihre Dokumente und das Rückflugticket zurückbehalten und weigerte sich unter Hinweis auf die aufgrund ihres Vertragsrücktrittes zurückzuerstattenden Reisekosten auch, ihr den ausstehenden Lohn auszubezahlen. Er bestritt A's Anspruch auf Abgeltung der geleisteten Überstunden und behauptete vielmehr Geldansprüche gegen sie. A hat inzwischen mehrere Beratungsstellen kontaktiert. Versuche, in einem Gespräch eine gütliche

Einigung zu erzielen, sind bislang gescheitert. Zwar erklärte der Diplomat schließlich, auf seine gegen A geltend gemachten „Ansprüche“ zu „verzichten“, von dem ihr zustehenden Lohn hat A jedoch bislang nichts erhalten. Wenn die Gültigkeitsdauer von A's Visum ausläuft, befindet sie sich illegal in Österreich. Der Diplomat hat dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (BMAA) ihre „Blaue Karte“, die sie zum Aufenthalt in Österreich und zur Arbeit in anderen DiplomatenInnenhaushalten berechtigt, zurückgegeben.

Schicksale wie das von A stellen leider keine Einzelfälle dar. Oftmals werden Migrantinnen (es handelt sich dabei fast ausschließlich um Frauen) als Hausangestellte ausgebeutet und können sich aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation und ihres oft illegalen Aufenthaltsstatus aus dem Abhängigkeitsverhältnis, in das sie geraten sind, nur schwer befreien.

Publik geworden sind in der letzten Zeit vor allem Fälle, wo Frauen, laut BMAA vor allem Staatsangehörige der Philippinen und Sri Lankas, aber auch lateinamerikanischer Länder, in Haushalten von UN-Bediensteten und DiplomatenInnen unter miserablen Arbeitsbedingungen angestellt sind. Die hier tatsächlich vorgefundenen Arbeitsbedingungen entsprechen oft keineswegs den vertraglich ausbedungenen Modalitäten. 80 Stunden harter Arbeit pro Woche bei einem monatlichen Verdienst von öS 4.500,- ohne Sozialversicherung stellen keinen Einzelfall dar. Der Lohn wird den Frauen zumeist zur Abdeckung der Reisekosten vorenthalten. Die Reisedoku-

*) Angelika Kartusch ist Mitarbeiterin der Deserteurs- und Flüchtlingsberatung und des Ludwig Boltzmann-Instituts für Menschenrechte, wo sie an einer Studie über die Bekämpfung des Frauenhandels in Österreich mitarbeitet, die sich neben dem Schwerpunkt Zwangsprostitution auch mit der Ausbeutung von Migrantinnen als Haushaltsangestellte beschäftigt und im Frühjahr 2000 im Verlag Österreich publiziert wird.

mente werden ihnen abgenommen, um über ein Druckmittel zu verfügen, falls die Betroffenen beabsichtigen, das ausbeuterische Arbeitsverhältnis zu beenden. Die sogenannte „Blaue Karte“, die Legitimationskarte, die die Migrantinnen zum Aufenthalt und zur Arbeit in DiplomatInnenhaushalten in Österreich berechtigt, wird ihnen in vielen Fällen niemals ausgehändigt.

Diese Legitimationskarte wird den ArbeitgeberInnen vom BMaA für die jeweilige Dienstnehmerin ausgestellt. Sie ersetzt nach Ablauf des Visums, das bloß einen Einreisepass darstellt, den erforderlichen Aufenthaltstitel im Bundesgebiet und ermöglicht den Hausangestellten, die nicht dem Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG) unterliegen,⁴ also keiner Arbeits-erlaubnis nach diesem Gesetz bedürfen, die Arbeit in Haushalten von DiplomatInnen. Da den betroffenen Frauen keine andere legale Beschäftigungsmöglichkeit offensteht, als ihre bisherige Stelle beizubehalten oder in einen anderen DiplomatInnenhaushalt überzuwechseln, wo sie ähnlich schlechte Arbeitsbedingungen riskieren, bedeutet diese auf den ersten Blick eine Erleichterung darstellende Regelung vielmehr eine Einementierung bestehender Abhängigkeitsverhältnisse. Zwar besteht in diesen Fällen die Möglichkeit, vom Inland aus⁵ eine Niederlassungsbewilligung zu beantragen, die in weiterer Folge auch die Ausübung anderer Tätigkeiten ermöglicht, jedoch unterliegt die Antragstellerin nur dann nicht der Quotenpflicht nach dem Fremden-gesetz,⁶ wenn sie vom Geltungsbereich des AuslBG ausgenommen ist,⁷ also etwa weiterhin in einem

DiplomatInnenhaushalt arbeitet. Die vorhandenen Quotenplätze sind jedoch schnell erschöpft. Darüber hinaus müssen auch die allgemeinen Voraussetzungen zur Erteilung einer Niederlassungsbewilligung vorhanden sein, also etwa der Nachweis einer ortsüblichen Unterkunft oder des gesicherten Unterhalts,⁸ was angesichts der sozialen Situation der Migrantinnen äußerst schwierig ist.

Auf diese Beschäftigungsverhältnisse ist, ungeachtet der rechtlichen Stellung der DiplomatInnen, das österreichische Hausangestellten-gesetz,⁹ welches etwa Regelungen über die Zurverfügungstellung von Verpflegung und Wohnraum, die Fälligkeit des Entgelts, die höchstzulässige Arbeitszeit oder den Urlaubsanspruch beinhaltet, grundsätzlich anwendbar. Allerdings scheitert die Durchsetzung gesetzlicher oder vertraglicher Ansprüche der Dienstnehmerinnen in aller Regel an der Immunität der DiplomatInnen, die der nationalen Gerichtsbarkeit nicht unterliegen, wobei das Ausmaß der Immunität je nach Kategorie des diplomatischen Status variiert.¹⁰ Die Durchsetzung der Ansprüche vor dem Arbeits- und Sozialgericht ist nur in jenen Fällen möglich, in denen infolge eines Anspruchs des BMaA die Immunität des/der Diplomaten/-in aufgehoben wird. Entscheidungsbefugt ist die betreffende Organisation (etwa der UN-Generalsekretär) oder die Botschaft bzw. das Außenministerium des jeweiligen Staates. Dies geschieht jedoch nur äußerst selten, was sich auf die oft nur mangelhaften Sprachkenntnisse sowie das in der Regel niedrige Bildungsni-

veau der Migrantinnen ebenso zurückführen läßt wie auf politische Erwägungen. Manche Staaten weigern sich prinzipiell, die Immunität der von ihnen entsandten DiplomatInnen aufzuheben. Zu disziplinären Sanktionen wie Versetzungen kommt es in Fällen der Ausbeutung von Hausangestellten kaum. So berichtet das BMaA von einem Fall aus dem Jahr 1998, wo zwar die Immunität eines hochrangigen UN-Angestellten nicht aufgehoben wurde, jedoch zwischen diesem und der Hausangestellten, die Ansprüche von mehr als öS 100.000,- gegen ihn geltend machte, ein außergerichtlicher Vergleich geschlossen wurde. Dies entspricht natürlich keineswegs dem Regelfall. Zumeist verhindern politische Rason und fremdenrechtliche Konsequenzen die Möglichkeit der Migrantinnen, ihre Ansprüche gegenüber den ArbeitgeberInnen durchzusetzen. ■

1 Zit. nach: Schönbauer, Roland, *Die Unantastbaren*, in: Der Standard, 15.5.1998.

2 Vgl. etwa *ibidem*.

3 § 6 Abs 1 Z 4 Fremden-gesetz (FrG) 1997 (BGBl I 1997/75 idF BGBl I 1998/158). Dieser Einreisepass wird für höchstens sechs Monate erteilt und berechtigt gem § 6 Abs 3 *leg cit* nicht zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit.

4 BGBl 1975/218 idF I 1997/82. § 1 Abs 2 lit c AuslBG

5 § 14 Abs 2 FrG. Dies stellt die Ausnahme da., Im Regelfall sind Anträge auf Erteilung einer Erstniederlassungsbewilligung aus dem Ausland zu stellen.

6 Gemäß § 18 FrG bestimmt die Bundesregierung mittels Verordnung für jeweils ein Jahr die Anzahl der zu erteilenden Niederlassungsbewilligungen (Niederlassungsverordnung 1999 idF BGBl II 1999/133).

7 § 19 Abs 1, Abs 2 Z 3 FrG iVm § 1 Abs 2 lit c AuslBG

8 §§ 8 Abs 5, 12 Abs 1 FrG

9 BGBl 1962/235

10 Vgl. Wiener Übereinkommen über die diplomatische Beziehungen vom 18.4.1961, BGBl 1966/96. New Yorker Übereinkommen über die Privilegien und Immunität der Vereinten Nationen vom 13.2.1946, BGBl 1957/126. Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24.4.1963, BGBl 1969/318.

Hugo Pratt und seine Legenden-Comics

Das Comic ist ein wichtiges Ausdrucksmittel unserer Zeit, das im deutschsprachigen Raum bisher weitgehend ignoriert wurde. Wie ungerechtfertigt das ist, zeigt sich unter anderem am Beispiel des Kosmopoliten Hugo Pratt.

VON ALEXANDER
SCHÜRMANN-EMANUELY



Als Mittler zwischen Neu-
Agier und Alltag, als verschlüsseltes, persönliches Geheimnis, als Code zwischen Menschen, um in bestmöglicher Zusammenfassung zu kommunizieren, als Zeichen am Wegesrand für die, die etwas suchen, als Schlüssel für Märchen, als Schmuck, als Dekoration, als Botschaft, als Identifikationsobjekt entstanden die Symbole. Die meisten von ihnen sind für den heutigen Betrachter jedoch unbedeutend, von der Bildfläche seines Verständnisses verschwunden. Gerade deswegen versuchen nicht wenige Künstler, ob durch Wort, Ton oder Bild, die vergessenen hermetischen Alphabete am Leben zu erhalten, entweder um sich selbst zu inspirieren oder um den Betrachtern etwas zurückzugeben, was diese wiederum inspirieren, für neue Einsichten öffnen könnte.

Der Zeichner und Erzähler Hugo Pratt gehört sicherlich zu jenen Künstlern, die mit ihrer Arbeit so etwas versucht haben. Seine Comics, seine Zeichengeschichten wollen nicht nur unterhalten oder in eine oft unerträglich grausame Menschheit entführen (was sie zwar tun, sind das doch wichtige Erzählfäden des modernen Comics), sie wollen auch auseinandersetzen mit Welten, die uns nahe oder fern liegen, existieren und oft unverstanden bleiben.

Diese Auseinandersetzung könnte ohne der Hilfe der Symbole, die in der Comic-Welt des Hugo Pratt die wichtigsten Wegweiser darstellen, gar nicht stattfinden. Nehmen wir Pratts Hauptwerk: die Abenteuer des Corto Maltese, bestehend aus rund einem Dutzend Bänden. Sie erzählen von einem Matrosen, der etwas ziellos,

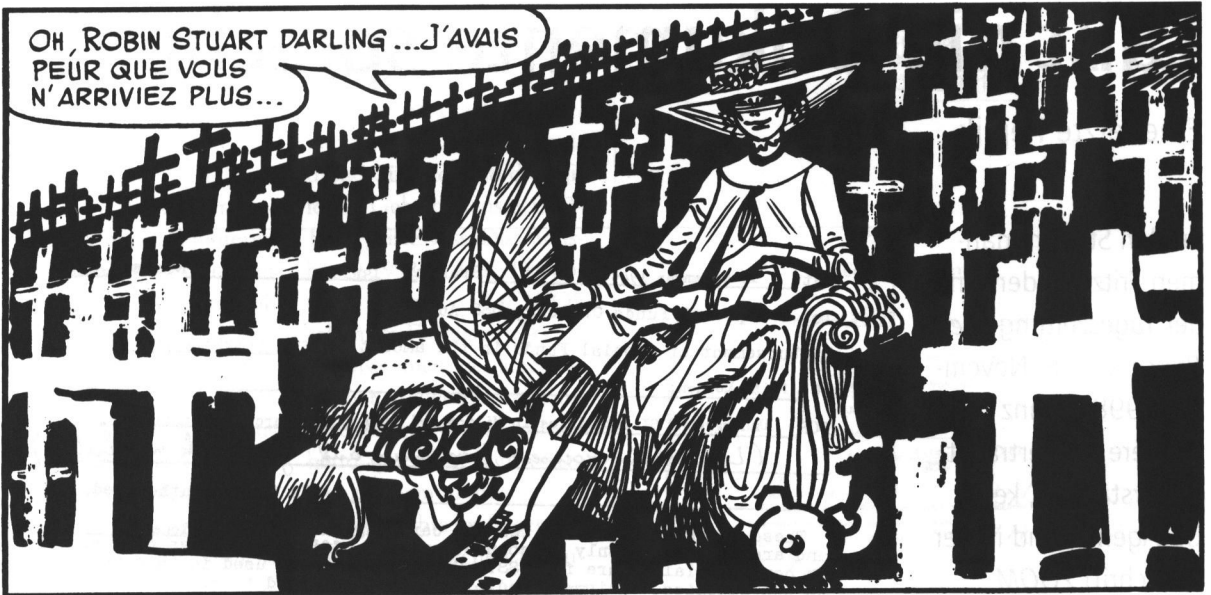
oft auf der Suche nach einer Schatzinsel, in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts herumirrt, dabei die Schrecken des Kolonialismus, der Weltkriege und Bürgerkriege, aber auch die faszinierenden Welten dieser Welt, die er scheinbar alle kennt, der Leser oft aber nicht, streift.

Die zentralen Protagonisten, angefangen mit Corto Maltese, wirken in ihren dandyhaften, eigenartigen Kostümen oft wie Karikaturen, sind auf eine leicht traurige Art und Weise witzig, fast schon lächerlich, vielleicht um Mensch zu bleiben, in einem unruhigen, gewalttätigen Umfeld.

Wie bei den Tuareg, sind es oft die Frauen, die die Trägerinnen der Geheimnisse sind, die Corto Maltese und dem Leser die „anderen“ Sprachen beibringen. Für Corto Maltese scheinen die Symbole oft nur Indizien für seine Schatzsuche zu sein, für den Leser sind sie hingegen Türen zu anderen Verständnisswelten. Es sind kulturhistorische Schritte eines Reiseabenteuers, die in das Innere Äthiopiens, Polynesiens, der Antillen, der Schweiz oder der Hinterhöfe Venedigs führen.

Nur ein Beispiel aus den Abenteuern des Corto Maltese: Die venezianische Legende (veröffentlicht 1977).¹ Der Leser trifft hier auf zwei Strömungen, die 1921 versuchten, Italien zu modernisieren, einerseits die Freimaurer und andererseits die Faschisten. Die ersten versuchen ihre humanistischen Ideale zu verwirklichen, und erwarten gleichzeitig irgendwie schon ihren Untergang in ihrer esoterischen, immer starrer werdenden Welt. Die zweiten bereiten mit der Sicherheit jener,

¹ Venezianische Legende.
Carlsen, 1997



die dank der Brutalität zu gewinnen scheinen, den Umsturz vor. Corto Maltese, der eigentlich einen Edelstein, von dem nur in Märchen die Rede ist, sucht, gerät jedoch nicht nur in die politischen Wirren des präfaschistischen Italien, sondern dringt viel tiefer in ein Venedig ein, welches so wohl nur die wenigsten kennen dürften. Es werden etliche Türen der Kindheitsstadt Pratts geöffnet; es ist das Venedig der Statuen, der Katzen, der Fenster, der Schatten und das Venedig der Legenden, ob gnostischen, arabischen oder jüdischen, es ist das Venedig eines Abenteurers. Und genauso wie Hugo Pratt die Vermittlung seines Venedig verstanden hat, präsentierte er in den anderen Bänden die Persönlichkeiten von Orten, oft unbekannten, mit ebensoviel unauffälliger Hingabe.

Daß Hugo Pratt so viel Lust am Vermitteln hat, ist wahrscheinlich damit zu erklären, daß er durch die Märchen seiner französischen, englischen, sephardischen und türkischen Tanten die Schönheit der Vielseitigkeit entdeckt und andererseits als ein vom Faschismus rekrutiertes Kind,

dessen Grauen, Abgeschottetheit und Gewalttätigkeit erlebt hat. Er wuchs in Äthiopien auf, lernte abessinisch, desertierte 1943 aus der italienischen Polizei und erlebte die Befreiung als englischer Soldat. Nach dem Krieg wandert er nach Argentinien aus, wo er sich endgültig zum professionellen Cartoonisten entwickelt. Er wird in der Folge bis zu seinem Tod 1995 rund 9.000 druckreife Seiten zeichnen, überall, wo er kann, leben und zuhause sein, 30.000 Bücher sammeln und, wie manche behaupten, auch lesen, sich mit Voodoo genauso auskennen, wie mit der Kabbala, sieben Sprachen lernen usw... kurzum ein praktischer Kosmopolit sein wie seine Figur, der Matrose Corto Maltese, die ihn spätestens seit den 70er Jahren weltberühmt gemacht hat.

Abenteuer und Kulturschichte, somit auch die Erzählform wechseln sich in Pratts Comics so häufig ab, daß sich oft die ungewöhnlichsten Kontraste bilden. Gerade bei Corto Maltese wird eine Atmosphäre geschaffen, die denen in Legenden und Märchen gleicht, ohne jedoch

die brutale Wirklichkeit der ersten Hälfte des XX. Jahrhunderts zu verharmlosen. Hugo Pratt gelingt somit auf jeden Fall eines: den Leser in Welten zu entführen, die man nicht mehr oder noch nicht kennt. ■



abschaffen!

zur SICHERHEIT

SPÖ und ÖVP rüsten auf – neben oder für die NATO. Liberale wollen ein Euroheer, FPÖ und Grüne sind für ein Berufsheer.

Angeichts tausender getöteter Menschen in Jugoslawien, ermordet von NATO-Militär und jugoslawischen Einheiten, ist es höchste Zeit, über eine neue Sicherheit nachzudenken. Alle Heere dieser Welt sind ausgebildet Menschen umzubringen.

Aktive Friedenspolitik braucht keine Armeen. Das neutrale Österreich könnte vorsehen und das Bundesheer ersatzlos abschaffen.

seien wir realistisch, fordern wir das unmögliche...

KPO

Laßt die Dokumente sprechen ...

Eine letzte Replik

Zu den Stellungnahmen Fritz Moldens in der Tageszeitung *Die Presse* am 28. November 1998 („Ganz besondere Niedertracht. Widerständler, kein US-Agent“) und in der Zeitschrift *ZOOM* 1/99 („Das Märchen vom bezahlten Agenten Lindley“)

VON SIEGFRIED BEER*

Date 16 November 1945 Branch SI Number 29

To : Special Funds Officer, OSS Austria

Disbursement of Special Funds in the amount of \$530. (5300 Schillings)

TO Fritz Molden.

FOR Underground SI activities in Milano and Come during March and April 1945
(Liquidation expenses - Homegun and Joe Hornak infiltration)

Is hereby authorized.

These funds are required for the carrying out of SI missions and are to be used only in connection with official business of a secret or confidential nature for OSS. Special Funds are used in this instance as the supplies, equipment and/or services referred to above are not procurable by the use of vouchered funds, nor acquirable from the military or other government services; and/or acquisition through such sources would divulge information prejudicial to the public interest, and/or would jeopardize the functions and activities of OSS.

Authorized by:

Strategic Serv. Off. Charles W. Thayer Branch Head Alfred C. Ulmer, Jr.
 LT. COL. CHARLES W. THAYER, AUS ALFRED C. ULMER, JR., Lieut. Comdr.

Desk Head _____ Other approving officer USNR, Chief, SI.

This is to certify that I have received 5300 Schillings.
 from the Special Funds Officer for the purpose as above authorized.

* x The disbursement of these funds was made in accordance with above authorization and is evidenced by attached documents.

* _____ will account to OSS for the proper disbursement of these funds and return any unexpended balance _____

* Initial applicable paragraph.

Fritz Molden
 Fritz Molden.

Faksimile Nr. 1

Ob der eklatanten Unfähigkeit zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit einem redlich um Wahrheitsfindung bemühten Wissenschaftler, die der gestandene Journalist und langjährige Verleger Fritz Molden an den Tag legt, bin ich einigermaßen verwundert, ja empört. Stattdessen schlägt er wild um sich, verwechselt Meinung mit Faktum, zeigt eine verblüffende Ahnungslosigkeit im Umgang mit geheimdienstlichen Kategorien und ist darüber hinaus entweder nicht bereit oder eben unfähig, auf die von

mir aufgeworfenen konkreten Fragen einzugehen. Man kann es nur als ein trauriges österreichisches Schauspiel bezeichnen, wie der große, wenn auch schon bei Zeitgenossen nicht unumstrittene Widerstandskämpfer seiner Jugendjahre fast ausschließlich um die Aufrechterhaltung seines selbstgeschaffenen Mythos bemüht ist.

Er hätte mir auch nicht die unzähligen, mir wirklich nicht unbekannten Zitate anderer Autoren vorrechnen müssen, denn ich selbst habe ihm in mehreren wissen-

schaftlichen Aufsätzen das Prädikat Patriot und Widerstandskämpfer keineswegs versagt, übrigens auch nicht in meiner ersten Stellungnahme in der Tageszeitung *Die Presse* vom 28.11.1998 oder in *ZOOM* 5/98. Leider aber zieht es Molden beharrlich vor, die seit dem Erscheinen der insgesamt eher selbstherrlich ausgefallenen Memoiren seiner Jugendzeit („Fepolinski und Waschlapski auf dem berstenden Stern“) im Jahre 1976 mittlerweile mehrfach und variantenreich erweiterten Geschichten im-

*) Siegfried Beer ist Professor am Institut für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz

mer wieder zu wiederholen oder sie eben durch Freunde (z.B. Hans Thalberg, Wolfgang Pfaundler etc.) bestätigen zu lassen. Nun aber ist es tatsächlich so, daß einige dieser Bericht-episoden einer genaueren Untersuchung nicht immer standhalten können und daß Molden in diversen Interviews (darunter auch mit mir) zusätzlich Behauptungen aufstellt, die sich zumindest aus den Akten des amerikanischen Kriegs- und Nachkriegsgeheimdienstes Office of Strategic Services (OSS) nicht wirklich aufrechterhalten lassen.

Dem explizit an mich gerichteten Vorwurf der mangelnden Recherche muß ich in diesem Zusammenhang vehement zurückweisen. Ich beschäftige mich nunmehr schon seit 1984 intensiv, kontinuierlich und unvoreingenommen mit dem Wirken und der Bedeutung des OSS für Österreich und kenne daher auch praktisch jedes von Fritz Molden handelnde Dokument in dem von der CIA seit 1983 sukzessive freigegebenen Aktenbestand Record Group 228 des National Archives der USA. Aus diesem Aktenpanorama wie auch aus meinen zahllosen Interviews mit Mitarbeitern des OSS ergibt sich ein durchaus ambivalentes, phasenweise sogar ablehnendes Bild des jungen Agenten K-28 aus der damaligen Sicht der amerikanischen Geheimdiensteliten insgesamt.

Von den britischen Geheimdiensten SIS (MI6) und SOE wurde er ohnedies als potentielle Gefährdung anglo-amerikanischer Interessen eingestuft. SOE hat die Berichte Moldens über POEN und O5 jedenfalls mit

großer Skepsis betrachtet und als „von viel Wunschen“ getragen eingestuft (Gerald Steinacher, Verhängnisvolle Vorentscheidung? Südtirol und die alliierten Geheimdienste 1943-1945, geisteswiss. Diss. Innsbruck 1998, S. 139). Die Sowjets haben POEN/O5 schon im Frühjahr 1945 als ein Instrument des amerikanischen Geheimdienstes angesehen und daher weitgehend ignoriert (vgl. Shtemenko-Memoiren).

Ich möchte im folgenden die amerikanischen Dokumente (samt und sonders aus Record Group 226, Entry 199, Box 1) sprechen lassen und bleibe bei meiner

REPRODUCED AT THE NATIONAL ARCHIVES

DECLASSIFIED
Authority *NND 877092*
By *[Signature]* NARA Date *8/1/98*

ACCESS RESTRICTED

Item No. *26497* Date *16 Nov 45*

Now filed in CIA Job No. 79-00332A

has been withdrawn from this file:

Job No. *61-729*

Box No. *1*

Folder No. *AUSTRIA DEC 45*
FN Fol.

Austria - Sp - F - FN - 1

The item has been withdrawn because it contains security classified information or otherwise restricted information.

7 RECEIPTS or ACCOUNTINGS (7 ff)

Fritz Molden

National Security Act of 1947

Authority

1947

Date

WITHDRAWAL NOTICE

Faksimile Nr. 2

REPRODUCED AT THE NATIONAL ARCHIVES

DECLASSIFIED
Authority *NND 877092*
By *[Signature]* NARA Date *8/1/98*

Sicherheitsbüro Tirol
K28/HH

Inn-bruck, am 30.6.45

Tätigkeitsbericht des Sicherheitsbüros Tirol (K28)
über seine Tätigkeit vom 26.5.-30.6.1945.

In der Zeit vom 26.5.-30.6.45 wurden durch das Sicherheitsbüro Tirol insgesamt 54 Berichte politischer, wirtschaftlicher, bzw. stimmungsmässiger Natur an OSS weitergegeben. Ferner wurden ungefähr 60 Nazi-Untergrund-Meldungen an OSS (teilweise an Cpt. Hudson direkt, teilweise an Lt. Horneck) überreicht. Die Mitarbeiter und Agenten des Sicherheitsbüros Tirol wurden ferner bei den Nazi Untergrund Fahndungsaktionen im Patscherkofel- und Glungetzergebiet, sowie im Seefeldergebiet eingesetzt. Weiters wurden diese Agenten teilweise in grösserem Umfang durch OSS direkt angefordert, und eingesetzt. Auch das Büropersonal (Sekretärinnen und Dolmetscherin) arbeiten teilweise direkt für OSS (Lt. Horneck).

Zur Zeit arbeiten ausser K28 folgende Personen fest im Sicherheitsbüro Tirol:

Maj. Schneeberger	(politische Berichte und Untergrund)
Kurt Rauch	(Untergrund- und Stimmungsberichte)
Cornides	(wirtschaftliche und politische Berichte)
Passini	(Dolmetscherin)
Hafele	(Büro-Sekretärin)
Kathrein	(Sekretärin K28)
Perlinger	(Chauffeur und Mechaniker)

Ferner folgende Agenten:

Auer, Bluth, Gritscher, Novosansky, Gauk und Schwarz, bei denen die Bezahlung bisher fest war, ab 1. Juli fallweise in Form von Prämien erfolgen soll.

Faksimile Nr. 3

1. REPRODUCED AT THE NATIONAL ARCHIVES

DECLASSIFIED
Authority *AND 877092*
By *[Signature]* NAPA Date *8/4/88*

Abrechnung für OSS

Gehälter für 26.-31. Mai 1945:
 Schneeberger: 96,6 RM
 Kerschbaumer: 96,6 "
 Rauch: 96,6 "
 Hafele: 67,8 "
 Cornides: 67,8 "
 Perlinger: 67,8 "
 Passini: 38,4 "
 sa 531,6 RM

Gehälter für Juni 1945
 Schneeberger: 500.--
 Rauch: 500.--
 Hafele: 350.--
 Cornides: 350.--
 Passini: 350.--
 Kathrein: 350.--
 Perlinger: 350.--
 Auer: 300.--
 Bluth: 300.--
 Gritscher: 300.--
 Auerperg: 200.--
 3850.-- RM

Sonstiges für den Bürobetrieb:
 Stempel 13,05
 Autoreparatur 214.--
 227,05 RM

Summa: 531,6
 3850.--
 227,05
 4608,65
 11,2
 4619,85

Die Differenz zwischen 8726,05 und 4608,65 ist 4117,4 RM.
 Sie wird von K28 persönlich getragen.

Faksimile Nr. 4

1. REPRODUCED AT THE NATIONAL ARCHIVES

DECLASSIFIED
Authority *AND 877092*
By *[Signature]* NAPA Date *8/4/88*

Kostenvoranschlag für Monat Juli 1945.

1. Gehälter:
 Schneeberger 500.-- RM
 Rauch: 500.-- "
 Hafele 350.-- "
 Cornides 350.-- "
 Passini 350.-- "
 Kathrein 350.-- "
 Perlinger 300.-- "
 sa 2700.-- RM

2. Agenten:
 fallweise Prämie
 Gesamtsumme für Monat Juli ca. 1000.-- RM

3. Sonstige Unkosten Büro
 (Reisen K28, Unkosten K28, Bürobetrieb) ca. 1000.-- RM

Gesamtsumme: 4.700.-- RM

Faksimile Nr. 5

ursprünglichen Frage: Wie erklärt sich Moldens Selbstverständnis als Patriot und ausschließlicher Verbindungsmann zur OSS, wenn er für seine Tätigkeit noch Monate danach und sogar der OSS-Nachfolgeorganisation SSU Spesenrechnungen in für die damalige Zeit nicht unbeträchtlicher Höhe gestellt hat?

Und weiters zu seiner Ablehnung der Bezeichnung „Agent“, wo er doch „nie einen Dollar oder einen Schilling“ genommen habe (Interview mit mir in Washington am Novemberwahltag 1996). Das journalistisch und umgangssprachlich so locker verwendete Wort Agent ist in der Tat ein leicht mißverständener Begriff, der jedoch historisch gewachsen ist. Im Wortgebrauch der CIA wird „Agent“ folgendermaßen definiert: „an individual, usually foreign, who acts under the direction of an intelligence agency or security service to obtain, or assist in obtaining, information for intelligence or counterintelligence purposes and to perform intelligence functions.“ In einem OSS-Handbuch wird von einem Agenten als „an individual recruited in the field who is employed or directed by an OSS operative or by a field station“ gesprochen (siehe G.J.A. O'Toole, The Encyclopedia of American Intelligence and Espionage, New York 1988, p. 2/3). Es will mir scheinen, daß beide Definitionen ziemlich genau die Tätigkeit des Agenten K-28 während der letzten Kriegsmomente und in den ersten Nachkriegswochen umreißen. Fritz Molden war (trotz der amerikanischen Uniform) nie ein intelligence

officer, also ein besoldeter Mitarbeiter von OSS, sondern eben ein Agent desselben, der seine patriotische Tätigkeit weitgehend den Interessen dieses alliierten Geheimdienstes untergeordnet hat, weil er verständlicherweise auf dessen Ressourcen angewiesen war. Aus diesem Titel hat er denn auch mehrere Wochen und Monate nach dem Kriegsende dem OSS bzw. der SSU Spesenrechnungen vorgelegt, die über durchaus ansehnliche Beträge ausgestellt waren und bisweilen nicht einmal eine genauere Auflistung der zu entlohnenden Leistungen beinhaltet (siehe z.B. Fak. Nr. 1). Sieben weitere solcher Rechnungen, allesamt mit November/Dezember 1945 datiert, hat die CIA bis heute zurückbehalten (siehe Fak. Nr. 2). Jedenfalls sind Molden alle diese Rechnungslegungen geflissentlich aus dem Gedächtnis entschwunden; wie sonst wäre es erklärbar, daß er beharrlich sich dem „Märchen vom bezahlten Agenten Lindley“ (ZOOM 1/99) entgegenstemmen will. Sein Pech also, daß die hier in Faksimile vorgelegten Leistungsverrechnungen eindeutig seine Unterschrift tragen. Daß weitere Belege von der CIA heute noch als „verschlossene Sache“ geführt werden, stellt nicht gerade eine Entlastung für ihn dar.

Und wie erklärt sich die Diskrepanz zwischen dem, was Fritz Molden in seinen schon erwähnten Memoiren über seine kurze Karriere als Leiter des Sicherheitsbüros für Tirol schreibt und den dazu im amerikanischen Nationalarchiv in College Park, MD gefundenen Akten, welche die Tätigkeit dieses

Büros als geradezu ausschließlich im Dienste der Amerikaner gelegen ausweist (siehe die Faksimiles 3-7)? Jedenfalls haben die namentlich angeführten Mitarbeiter und Agenten (immerhin explizit als solche geführt) dieses Sicherheitsbüros für die damaligen Verhältnisse nicht unbedeutende Salärs bezogen. Auch hier nimmt es Fritz Molden nicht ganz so genau mit den Fakten. In seinen Memoiren spricht er davon, das Amt des Sicherheitschefs in Tirol zehn Tage lang (!) ausgeübt zu haben (Fepolinski, S. 400). 22 Jahre später sind daraus drei Wochen geworden (*Die Presse*, 28.11.1998). Dem Tätigkeitsbericht vom 30. Juni 1945 (siehe Fak. Nr. 3) ist unschwer zu entnehmen, daß der Schwerpunkt der Tätigkeit dieses von Molden geleiteten Sicherheitsbüros für Tirol eindeutig amerikanischen Interessen untergeordnet war und dessen Funktionsperiode zumindest fünf Wochen lang andauert hat, vermutlich sogar länger, nämlich bis zum Abzug der Amerikaner aus Tirol gegen Mitte Juli 1945, wie der Kostenvoranschlag für eben diesen Monat vermuten läßt (siehe Fak. Nr. 5).

Lieber Herr Molden! Es wäre vielleicht an der Zeit, das Selbst-Bedauern („ganz besondere Niedertracht“) und die Verteidigung des selbstgebastelten Mythos aufzugeben und sich einer dialogischen und seriösen Auseinandersetzung mit den aus den Dokumenten belegten Fakten zu stellen, auch wenn es sich hier zugegebenermaßen nur um Fragen von relativ geringfügiger welthistorischer Bedeutung dreht. ■

REPRODUCED AT THE NATIONAL ARCHIVES

DECLASSIFIED

Authority *NND 877092*

By *[Signature]* NAPA Date *8/1/68*

26.7.45

Abrechnung u. ar 10.000 Lire

Autorepeaturen :	insges. 2050.-	Lire it.
Lebenskosten 6 Tage :	insges. 3700.-	Lire it.
1 Abendessen fuer die		
Fuehrer der Sued tiroler		
Volkspartei in Bozen:	insges. 2100.-	Lire it.
1 Mittagessen mit		
Col. Curney	insges. 800.-	Lire it.
Ausgaben	8650.-	Lire it.
Rest	1350.-	Lire it.
	10000.-	Lire it.

Fritz O. Molden

Faksimile Nr. 6

REPRODUCED AT THE NATIONAL ARCHIVES

DECLASSIFIED

Authority *NND 877092*

By *[Signature]* NAPA Date *8/1/68*

DETACHMENT A-2
2677TH REGIMENT OSS (PROV)
APO 512, U. S. ARMY

INNSBRUCK, AUSTRIA.
6 July 1945.

Received from Capt JAMES W HUDSON, Commanding Officer, Det. A-2,
2677th Regiment OSS (Prov), 5783 Reichsmarks in full for the
expenses of the Sicherheits Büro from 22 May through 8 July 1945.

Fritz O. Molden

Fritz Molden

Faksimile Nr. 7

Der ganz normale Wahnsinn des Medien- und Politspektakels Aufgelesen und kommentiert

VON PETER PENZING

Gute Gründe, ÖVP zu wählen (0)

Schwanz ab für Kinderschänder.

Gute Gründe, FPÖ zu wählen (I)

**Spitzenkandidat
Herbert SCHEIBNER
kommt mit
Helene PARTIK-PABLÉ**

Plakate für Kinderschänder, Kopf ab für Drogendealer, Kinderscheck *einführen*, Herbert Scheibner *kommt* mit Helene Partik-Pablé, der Kinderscheck ist durch Jörg Haider *gedeckt*.

Gute Gründe, FPÖ zu wählen (II)

**Haiders Überraschung:
Prinzhorn ist Nummer 1**

Zwei Spitzenkandidaten *einer* Partei.

Brave Polizei (I)

Hund gerettet, Asylant tot? „Wie jeden Tag spazierte Felix G. mit seinen beiden Hunden Max und Moritz durch Erpfendorf (T). Nur diesmal entdeckte das Hundeduo ein Loch im Zaun des Klärwerkes, kroch durch und platsch! Max hatte nicht aufgepaßt, landete in der stinkenden, zähflüssigen Jauche eines der Becken. Den Zaun zwischen sich und dem um sein Leben strampelnden

Max, rief Felix verzweifelt am Gendarmerieposten an. Minuten später war Herbert K. (32) zur Stelle, kletterte über das Hindernis, packte Max am Halsband und riß ihn aus der Dreckfalle. „War doch selbstverständlich“, sagt K. Als kleinen Dank schickte Familie G. nun eine Flasche Wein, ein Belobigungsschreiben und ein Foto von Max.“ Was wir daraus lernen? Damit Maxi leben konnte, mußte Marcus O. sterben? Daß die Polizei nicht nur Asylanten den Mund verklebt? Aber nein. „War doch selbstverständlich“, das lernen wir daraus. *Genauso* selbstverständlich wie eine Abschiebung, genauer gesagt. Und die Frage, wer's in Österreich besser hat – der Hund oder der Asylant: Die dürfte nebstbei auch entschieden sein.

Intermezzo (I)

Mathematik-Unterricht Seite 23 quält Schüler ohne Nutzen

Da haben wir's. Qual muß Sinn stiften. Zum Beispiel das Land ausländerrein machen ...

Intermezzo (II)

Dumm sein ist ärgerlich

Brave Polizei (II)

Du hast's schon schwer, gelt ja? Schließlich hast Du weder das Hunderetten noch das Asylantenjagen erfunden – sondern es ist Dir von der Politik befohlen worden. Und dann? Läßt die Justiz Charles O. einfach wieder laufen. Drogenkartell ohne Kopf? Befreiungsschlag für den Innenminister mißlungen? „Die Justiz [...] im Kampf gegen die or-

ganisierte Kriminalität überfordert“, wie Generaldirektor Sika meint? Mitnichten. Es lohnt sich nämlich nicht wirklich, über das Tempo des Fortschritts zu diskutieren, auch wenn die Gerichte von jeder müden Schnecke müheelos niederkonkurriert werden, wenn sie tatsächlich geschlagene zwei Monate brauchen, um die englische Floskel „Leave business and join the Demo“ ins Amtsdeutsch zu übersetzen ... Das ist nämlich nicht notwendigerweise eine Befehlsausgabe durch den Superdrogenboß an seine Untergebenen, sondern heißt schlicht und ergreifend: „Laßt alles stehen und liegen, was ihr gerade tut und kommt auf die Demonstration!“ Das weiß zwar jeder, der als Taferlklassler in der Schule beim Englischunterricht nicht dauernd gefehlt hat, im Österreich von Lauschangriff und Raster-

fahndung ist so ein Satz jedoch höchst verdächtig, wer weiß was inkriminierend und ein Haftgrund. Besonders, wenn man gerade einen Schwarzen als Hauptverdäch-

heit? Wer die zulässige Höchstgeschwindigkeit um mehr als 20 km/h überschreitet, bekommt nicht nur ein normales Strafmandat und muß was einzahlen? Aber nein: „Auf der Rückseite ist das Foto eines schweren Unfalls zu sehen. Ein kurzer Text informiert den Verkehrssünder, welche schrecklichen Auswirkungen Raserei haben kann. Präsident Stiedl: „Die Texte sind nicht belehrend, sondern sollen die Autofahrer zum selbständigen Denken anregen“. Da sind wir aber froh, daß dann sogar die Autofahrer in Österreich zum selbständig Denken anfangen werden. Allerdings darf man nicht auf halbem Wege stehenbleiben: *Ein* Unfallbild, auf der Rückseite *aller* Strafmandate, da ist der heilsame Schock gering – und spätestens beim dritten Strafmandat ist's mit dem selbständigen Denken wieder vorbei. Verschiedene Bildchen von Unfällen müssen her. Bunte. Wie bei der Fußball-WM. Zum Sammeln. Mit ganz viel Blechschaden. Die kann man dann mit anderen Autofahrern tauschen und ganz Österreich fährt viel vorsichtiger.

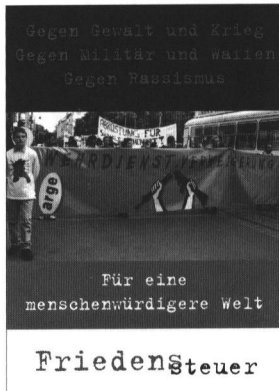
Leute von „Context XXI“

Ein anderer Name ist Euch für Euer verdienstvolles Blatt nicht eingefallen? Zum Beispiel „Wir sind dagegen, wir sind dagegen, es bringt uns keinen Segen“? Zu lang? Forsch und knapp „quertz“ vielleicht? Den Witz habt Ihr nicht verstanden? Macht nichts. Wir fordern jedenfalls die sofortige Rückbesinnung auf linke Grundwerte und die Rückbenennung in „Gewaltfreier Widerstand“!

Brave Polizei (III)

So, so! Was müssen wir flotten Raser da lesen? Innovation in Sachen Verkehrssicher-

Die Friedenssteuer



Im Zeitalter der Privatisierungen werden auch gesellschaftspolitischen Einrichtungen die Förderungen gestrichen, zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Gesellschaft unter Druck von Medien und ökonomischen-politischen Kräften nach rechts formieren lässt. Damit werden auch wir in unserer Arbeit zunehmend auf den Privatsektor als finanzielle Basis angewiesen werden. Allerdings werden unsere Anliegen nicht von

Multinationalen Konzernen oder privatwirtschaftlich orientierten Instituten unterstützt, sondern von Individuen. Diese geben damit ihrer Hoffnung Ausdruck, daß diesem Alltagsdruck, der jene mühsam in den siebziger Jahren in zentrale Positionen gerückten Werte wie Frieden, menschengerechtes Arbeiten, die Menschenrechte, als nicht zeitgemäß und der Kapitalverwertung entgegenstehend qualifiziert, noch immer Widerstand geleistet wird. Auch durch das Aufrechterhalten, das Ermöglichen unserer Arbeit, die in dieser Tradition des Kampfes für Menschenrechte steht.

**Spenden an die ARGE für Wehrdienstverweigerung,
Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung:
BAWAG (BLZ 14000) Kto.Nr. 100 10 6705 73**

Die Zivildienstberatung



jeden Montag
ab 18⁰⁰ Uhr
in der Bürogemeinschaft
1010 Wien,
Schottengasse 3a/1/4/59

Die Armeeabschaffung

Die ARGE für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung begrüßt den Beginn der Diskussion über den staatlichen Zwangsdienst. Das Bundesheer erfüllt keinen Zweck, der nicht von einer zivilen Organisation besser und kostengünstiger übernommen werden kann. Die Vision der Militärstrategen vom Kampf der Kulturen und vom Krieg in Europa ist eine gefährliche, weil die Armeen ihre Visionen mit Nachdruck umzusetzen versuchen. Ihre Prophezeiungen erfüllen sich somit, wenn die zivile Gesellschaft nicht stark genug dagegen ankämpft. Deshalb fordert die ARGE für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung die Abschaffung des Bundesheeres.

Wird die Diskussion ausschließlich um den Zivildienst geführt, ist das eine Themaverfehlung. Der Zivildienst als staatlicher Zwangsdienst ist gleichzeitig mit der allgemeinen Wehrpflicht zu Grabe zu tragen, da er als Wehersatzdienst für Wehrdienstverweigerer konzipiert ist.

Befreien wir den Zivildienst vom Zwangskorsett, schaffen wir alternative zivile Dienste auf freiwilliger Basis, gut bezahlt und mit einer professionellen Ausbildung!

Armeeabschaffungswein

Preis pro Flasche/für Mitglieder der ARGE oder ab 12 Flaschen

Weinbau Walter Zehetmayer, Feuersbrunn, NÖ

___ Flaschen	WEINVELTLINER	Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-
___ Flaschen	WEINZWEIGELT	Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-

Weinbau Walter und Gabriele Mühlegger, Soss, NÖ, Ernte für das Leben

___ Flaschen	WEINCHARDON	Chardonnay, trocken, fruchtig	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINRIESLING	Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINPINOTNOIR	Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINBLAUER	Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINSTEFANIE	Cuvée Stefanie, Qualitätssekt aus Welschriesling und Grünem Veltliner	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINROSE	Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINGLÖGER	Glögerbrand, Destillat aus Hefe und Fruchtanteilen nach der Gärung	210,-/195,-

Plaimont Producteurs, St. Mont, Frankreich

___ Flaschen	WEINPLAIMONT	Plaimont Sélection, fruchtiges, unkompliziertes Rotwein-Cuvée	90,-/85,-
--------------	--------------	---	-----------

Bei Versand: zuzüglich 20% Versandkosten

T-Shirts, Präserlⁿ, Feuerzeuge, Anstecker

Einzelpreis

___ Stück	TSHIRTASYL XL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL	120,-
___ Stück	TSHIRTASYL XXL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XXL	120,-
___ Pkg.	PRÄSERL	Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück	20,-
___ Stück	FEUERZEUG	Feuerzeug „Bundesheer abschaffen“	20,-
___ Stück	ANSTECKER	Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“	25,-

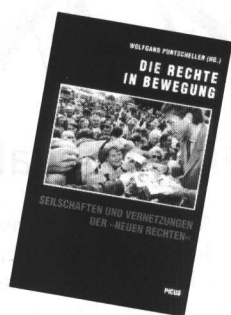
☐ Ich interessiere mich für die **Friedenssteuer** – senden Sie mir den Faltprospekt mit näheren Informationen zu!

Das Abo-Geschenk

NeuabonnentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der beiden nachstehenden Bücher. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



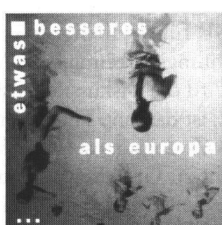
Ernst Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg** Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung



Wolfgang Purtscheller (Hg.): **Die Rechte in Bewegung** Seilschaften und Vernetzungen der „Neuen Rechten“



Aktuell: T-Shirts „Kein Mensch ist illegal“



Fast neu: CD „Etwas besseres als Europa“
total time 1:16:03

attwenger • b.d.f. • bone • dharma
bums insane • die knödel • hermann
wurzer • loud • m.g. firebug • naked
lunch • play the tracks of • puemp
• reas • schönheitsfehler • scrooge
• shaken not stirred • sigi maron •
sigis bruder • the more extended ver-
sions • those who survived the plague



Dauerbrenner: Ratgeber
Wehrdienstverweigerung

Die Abo-Bedingungen

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (Bestellschein unten). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise:

Österreich: 250,- ATS
Ausland: 350,- ATS
Übersee: 450,- ATS
Förderabo: 700,- ATS

Bestellschein bitte senden (faxen) an: Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Die Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

- ☐ Abonnement
☐ Förderabonnement
☐ Probeabonnement

der Zeitschrift **Context XXI**
ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Als Abo-Geschenk

wähle ich folgendes Buch:

- ☐ Purtscheller: **Die Rechte in Bewegung**
☐ Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg**

Die Mediadaten

- ☐ Ich bin eventuell an einer Einschaltung in der Zeitschrift und/oder in der Internet-Ausgabe von **Context XXI** interessiert. Senden Sie mir bitte Mediadaten und Terminplan.
☐ und kontaktieren Sie mich telefonisch unter der Nummer:

Einzelhefte, Broschüren, T-Shirts, CDs ...

Einzelpreis

___ Stück	ZOOM0000	ZOOM-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	ZOOM97045	Broschüre: Ratgeber Wehrdienstverweigerung – Zivildienst u.a.	50,-
___ Stück	ZOOM98067	Broschüre: Europa 2001 – Odyssee im Weltmarkt	70,-
___ Stück	ZOOM96045	Broschüre: Es muß nicht immer GLADIO sein – Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken ..	70,-
___ Stück	ZOOM97012	Broschüre: ImmerWEHREnd – NATO-Integration, Neutralitätsbrüche, Militarisierung	70,-
___ Stück	CDEUROPA	CD: Etwas besseres als Europa	80,-
___ Stück	TSHIRTKEIN SK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, schwarz, Aufdruck klein ☐ M ☐ L ☐ XL	120,-
___ Stück	TSHIRTKEIN SG	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, schwarz, Aufdruck groß ☐ M ☐ L ☐ XL	120,-
___ Stück	TSHIRTKEIN BK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, blau, Aufdruck klein, Größe XL	120,-
___ Stück	TSHIRTKEIN BG	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, blau, Aufdruck groß, Größe XL	120,-

Besteller/in:

Datum:



abschaffen!

zur SICHERHEIT



SPÖ und ÖVP rüsten auf – neben oder für die NATO. Liberale wollen ein Euroheer, FPÖ und Grüne sind für ein Berufsheer.

Angesichts tausender getöteter Menschen in Jugoslawien, ermordet von NATO-Militär und jugoslawischen Einheiten, ist es höchste Zeit, über eine neue Sicherheit nachzudenken.

Alle Heere dieser Welt sind ausgebildet Menschen umzubringen.

Aktive Friedenspolitik braucht keine Armeen.

Das neutrale Österreich könnte vorpreschen und das Bundesheer ersatzlos abschaffen.

KPO, Weyringergasse 33, 1040 Wien
Tel: 01/503 65 80
<http://www.kpoenet.at>

Seien wir realistisch, fordern wir das Unmögliche...

KPO

VHS-Kurse mit Stephan Grigat

Marx nach dem Marxismus (Nr. 411018)

Zehn Jahre nachdem der Marxismus als Rechtfertigungswissenschaft des Realen Sozialismus im Ostblock ausgedient hat, soll ein Blick auf den ursprünglichen Marx geworfen werden. Auch wenn dieser Denker des 19. Jahrhunderts heute ebenso für tot erklärt wird wie der Marxismus, spuken Elemente der Marxschen Theorie durch zahlreiche aktuelle politische Diskussionen. Gerade in den Debatten zur Globalisierung tauchen zentrale Überlegungen von Marx wieder auf. In dem Kurs sollen die Grundzüge der Philosophie-, Politik- und Ökonomiekritik von Marx vermittelt und vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen diskutiert werden. Vorkenntnisse sind für die Teilnahme nicht erforderlich.

29. Oktober 1999 – 26. November 1999, Freitag, 17.00 – 18.30, Kursbeitrag 280,- ÖS

Antisemitismus und Rassismus (Nr. 411019)

Antisemitismus und Rassismus haben das 19. und 20. Jahrhundert nachhaltig geprägt. Bis heute finden sich in zahlreichen Ländern antisemitische und rassistische Vorstellungen, die allzu oft in eine Diskriminierungs- und Verfolgungspolitik umgesetzt werden. In dem Kurs sind die Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Rassismus und Antisemitismus zu erarbeiten. Von der historischen Entstehung bis zur aktuellen Ausprägung sollen rassistische und antisemitische Denk- und Verhaltensweisen untersucht und diskutiert werden. Besondere Berücksichtigung wird dabei die Zeit des Nationalsozialismus erfahren. In bezug auf die heutige Zeit gilt es, insbesondere versteckte, weniger offensichtliche Formen von Antisemitismus und Rassismus aufzuzeigen.

3. Dezember 1999 – 21. Januar 2000, Freitag, 17.00 – 18.30, Kursbeitrag 280,- ÖS

Anmeldungen an die VHS-Meidling,

Längenfeldgasse 13 – 15, 1120 Wien, Tel.: 810 80 67, Fax: 810 80 68-76110, E-mail: office@meidling.vhs.at



Podiumsdiskussion

EU-Erweiterung ein Friedensprojekt?

Diskutiert am Beispiel der Krise in Südosteuropa

Montag, 27. September – 19⁰⁰ Uhr

WU-Hauptgebäude, Aula, Hs. 05, Augasse 2-6, 1090 Wien

Der Krieg in Südosteuropa wurde von einem labilen Waffenstillstand abgelöst. Eine dauerhafte Konfliktlösung ist noch lange nicht gesichert. Wer den labilen Frieden nicht nützt, um politische, wirtschaftliche und kulturelle Schritte zur Stabilisierung der Region zu unternehmen, könnte schon bald von einem neuen Gewaltausbruch überrascht werden.

VeranstalterInnen: Die Grünen/Basisgruppe an der WU

TeilnehmerInnen:

Dr. Vldimir GLIGOROW

Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche

Branka JOVANOVIĆ

Grüne Partei, Belgrad

Dr. Gazmend PULA

Helsinki Föderation, Wien – Pristina

Dr. Joachim BECKER

Institut für Außenwirtschaft und Entwicklungsökonomie, WU Wien

Univ.-Prof. Alexander VAN DER BELLEN

Bundessprecher, Die Grünen